

Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern“

Der „Klassenkampf“ erscheint jeden Sonntag nachmittags außer Sonn- und Feiertag. Verkaufspreis: 10 Pf. (Postzusatz 2 Pf.)

Abonnementpreis: 12 Pfennig für den Vierteljahr, 40 Pfennig für Halbjahr, 120 Pfennig für ein Jahr. Postzusatz 10 Pf.

Einzelpreis 10 Pf.

Halle, Donnerstag, 8. September 1927

7. Jahrgang * Nr. 211

Deutschland in der Genfer Kriegsfront

Der Sinn der Friedenssphaeren: Völkerbundkrieg auf einfachen Mehrheitsbeschluss

(Eig. Drahtm.) Genf, 8. September.

Mit der gestern erfolgten Uebertragung des polnischen Entwurfs eines Entwurfs, und dem darauf folgenden Verhandlungen Streikmann mit dem polnischen Delegierten Sosa und Briand sind die konkreten Beratungen über die gemeinsame Erklärung der Kriegsvorbereitungen aller kapitalistischen Staaten gegen die Sowjetunion in Fluss gekommen. Da Chamberlain den polnisch-französischen Plänen eines Dis-Locarnos in der ursprünglich beabsichtigten Form Widerstand leistet, weil die Verwirklichung dieses Paktes im gegenwärtigen Augenblick den englischen Einfluss zurückdrängt, die französische Führung im Konzen der kapitalistischen Mächte dagegen zu stark betonen würde, hat der polnische Vorschlag eine allgemeinere Fassung erhalten. Er enthält, in die üblichen Friedenssphaeren gehüllt, die Bestimmung, den Artikel 15 des Völkerbundspaktes, der für den Völkerbund Krieg gegen einen Nichtmitgliedstaat vorsieht, in der Weise abzuändern, daß künftig eine solche Völkerbundbeschlüsse nicht nur auf einstimmigen Beschluss, sondern auch auf Mehrheitsbeschluss des Völkerbundesvertrages vorgenommen wird. Es verlangt, daß die Differenzen zwischen der deutschen, französischen und englischen Auffassung über den Völkerbundvertrag beseitigt sind, nachdem ihnen die Spitze gegen Deutschland genommen wurde. Die deutsche Delegation beschloß in ihrer gestrigen Überlegung, dem Entwurf zuzustimmen!

Reformistische Begleitmusik zum Genfer Konzert

(Eig. Drahtm.) London, 8. September.

Im Mittelpunkt der Debatte des englischen Gewerkschafts-Kongresses stand gestern die Frage der Beziehungen des Generalrats zu den reformistischen Gewerkschaften. Nach Verlesung des an den Kongress gerichteten Schreibens des Zentralrates der russischen Gewerkschaften legte letzters der Führer des Generalrates eine wütende Rede gegen die Sowjetunion ein. Neben dem, wenn ein Vertreter der Arbeiterbewegung das Wort nahm, um für die Sowjetgewerkschaften einzutreten, legte letzterer dem ein, so daß die Oppositionsredner nur mit Mühe sich durchsetzen konnten.

Dem Kongress lag eine Resolution vor, in der es heißt, daß die Befreiung der Verhandlungen mit dem Zentralkomitee der russischen Gewerkschaften keinem nützlichen Zweck mehr diene, solange dieser keine jegliche Haltung aufrechterhalte.

Nach stürmischen Debatten wurde ein Antrag der Minderheitsvertretung, die Resolution von der Tagesordnung abzulesen, mit 3740 000 Stimmen gegen 148 000 abgelehnt. Des weitern billigte der Gewerkschaftskongress mit demselben Stimmverhältnis die vom Generalrat getroffene Verfügung, wonach alle Gewerkschaften sich von der Arbeiterbewegung loszusagen haben.

Von den Gästen, die in der gestrigen Sitzung das Wort nahmen, fanden sich der Vertreter der mexikanischen Gewerkschaften und der Vertreter des indischen Gewerkschaftsbundes für die Aufrechterhaltung des anglo-russischen Komitees und eine Einheitsinternationale aus, während der deutsche Vertreter Saffensbach eine wütende Rede gegen die russischen Gewerkschaften entfaltete.

Aus dem verworrenen Intrigenpiel in Genf, an dem sich als aktive Teilnehmer England, Frankreich und Polen beteiligten, konnte man in den ersten Tagen noch nicht entnehmen, wer das Spiel gewinnen wird. Auch heute ist das Spiel noch nicht entschieden. Aber die allgemeine Linie läßt sich schon klar erkennen.

Wesentlich steht augenblicklich der holländische Vorschlag im Vordergrund. Dieser Vorschlag auf die Wiederbelebung des Genfer Protokolls von 1924 ist natürlich auch nur ein Stück des diplomatischen Intrigenspiels. In Genf wurde ein Protokoll unterzeichnet, das in ebenso allgemeinen und nichtssagenden Worten die Absichtigung von gegenseitigen Verträgen zur Sicherung des Friedens fordert. Die Spitze des holländischen Vorschlags richtete sich gegen den Dis-Locarno-Vorschlag Polens. Daneben will angeblich der holländische Vorschlag den Anwillen der kleinen Staaten über die Diktatur der Großmächte zum Ausdruck bringen. Viel wahrscheinlicher ist, daß die holländische Aktion ein Schachzug der englischen Diplomatie war, der sich gegen das französisch-polnische Bündnis eines Dis-Locarno-Paktes richtet.

Der Kampf zwischen Frankreich und England um die Führung des Völkerbund-Paktes wird jetzt anscheinend mit einem Kompromiß enden. Der Sinn dieses Kompromisses ist aber, daß der gemeinsame Kampf gegen die Sowjetunion nur um so fester gestiftet

wird. Während bisher die einstimmige Zustimmung der Völkerbundsmächte zu einem Völkerbundkrieg gegen die zum Angreifer getempelte Sowjetmacht nötig war, soll jetzt ein Mehrheitsbeschluss genügen. Das bedeutet dem Wesen nach, daß ein Krieg gegen die Sowjetunion vom Völkerbund beschlossen werden kann, auch wenn Deutschland in diesem Beschluss formell nicht zustimmt und daß Deutschland trotzdem in diesen Beschluss gegen die Arbeiterrepublik hineingebezogen wird. Dieser haben die deutschen Regierungskreise immer betont, daß die Völkerbundstatuten und der Locarno-Pakt schon aus dem Grunde eine vollkommene Garantie für Deutschlands Neutralität bieten, weil nur der einstimmige Beschluss der Völkerbundsmächte Sanktionen gegen eine Angreifermacht einleiten kann.

Die deutschnationalen und die deutschvolksparteiliche Presse wenden sich gegen den französisch-polnischen Vorschlag, Deutschland in einen Dis-Locarno-Pakt hineinzumandrieren. Sie wollen den Verzicht Deutschlands auf die Wahrung der Differenzen nicht mitmachen. Die Bürgerblockparteien sind bereit, sich in die Kriegsfront gegen die Sowjetunion einzureihen, verlangen aber dafür entsprechende Zugeständnisse. Sie verstehen dabei gar nicht, daß der Sinn des Dis-Locarno-Paktes die Gewinnung Deutschlands für die Kriegsfront gegen die Sowjetunion ist.

Nur der sozialdemokratischen Presse bleibt es vorbehalten, diese offenbundenen Launen zu verdeutlichen. In Genf sprach der Sozialdemokrat Paul Boncour im Namen Frankreichs und Chamberlain im Namen Englands. In Deutschland wird diese Einheitsfront von der sozialdemokratischen Presse unterstützt. Der „Vorwärts“ nimmt, wenn auch in gewundenen Aus-

drücken, schon für den Dis-Locarno-Pakt Stellung. Die ganze sozialdemokratische Presse hat kein Wort über die sowjetfeindliche Tendenz der Genfer Pläne veröffentlicht.

Und die „linke“ sozialdemokratische Presse? Anlässlich der Ueberfälle auf die Londoner Sowjetbotschaft haben einige „linke“ sozialdemokratische Zeitungen, wenn auch in Verbindung mit der üblichen Kommunistenhebe, angegeben, daß Englands Kriegspläne gegen die Sowjetunion die höchste Gefährdung des Weltfriedens bedeuten. Jetzt aber herrscht das peinlichste Schweigen. Die „linke“ SPD-Führer stehen in den Fragen des Völkerbundes auf dem Boden der Politik der deutschen Regierung. Ihre Presse glaubt, mit der Vogelstrauspolitik die Arbeiterkraft käuflich zu können.

Die sozialdemokratischen Arbeiter können jetzt viel deutlicher sehen, wohin die Reise geht. Im Auftrag ihres Vorstandes ist Breitfeld in der Delegation der Bürgerblockregierung in Genf. In Genf wird die Kriegsfront gegen Sowjet-Rußland organisiert, weil der erstarbte europäische Kapitalismus das revolutionäre Sowjet-Rußland nicht dulden kann. Wer kann sich darüber täuschen, daß der Bürgerblock in dieser Frage den Interessen seiner Klasse treu bleiben und nach ausgiebigem Handel in der Kriegsfront gegen Sowjet-Rußland sich einfinden wird? Die Entscheidung der sozialdemokratischen Arbeiter muß sein:

Gegen die sozialimperialistischen Veräufelungen!

Für den geschlossenen Kampf der proletarischen Einheitsfront, um den Sturz des Bürgerblocks und um die Verteidigung Sowjet-Rußlands!

Massenmorde des Militarismus

Wie die Kriegsurie in Belgien hauste — Frauen, Greise, Säuglinge standrechtlich ermordet

Der Korrespondent der „A. u. A.“ meldet aus Brüssel:

Der sozialistische Außenminister Vandervelde veröffentlicht im „Peuple“ einen aufsehenerregenden Artikel zur Frankfurterfrage.

Im Gegensatz zu den deutschen Blättern, die bis zu den Demokraten und Sozialdemokraten hin behaupten, daß es in Belgien keine grausamen Vergeltungsmahregeln der deutschen Armee gegeben hat, weist Vandervelde an Hand von zahlreichen Beispielen und ausführlichen Dokumenten nach, wie von deutscher Seite aus Rache für angebliche „Untaten“ von Franktreuern furchtbare Grausamkeiten und Muttaten begangen worden sind.

Die Enthüllung eines Denkmals für die 1914 in Dinant, einem belgischen Orte, hingerichteten 674 belgischen Zivilisten, die am 23. August d. J. unter dem dautunischen Völkergewalt belgischer und französischer Nationalisten vor sich ging, hat neben dem ablenkenden Hingehen der deutschen Nationalisten auch die ertauiliche Enthüllung der demokratischen und sozialdemokratischen Presse in Deutschland hervorgerufen.

Am 1. Arm mit der „Frankfurter Zeitung“ bemerkte dazu der „Vorwärts“ in seiner Nr. 396 vom 23. August: „Der Vorschlag des belgischen Außenministers Vandervelde, die deutsch-belgische Kontroverse (Auseinandersetzung) über den Frankfurterkrieg zum Gegenstand einer unparteiischen Enquete (Sundfrage) zu machen, hat die französischen Nationalisten in die hellste Wut versetzt. Der wahre Grund für den Wutausbruch... ist aber zweifellos: in der Gurch zu erblicken, daß die Unterjochung durch eine neutrale Kommission der Kriegsgewaltende ein Ende machen wird...“

Vandervelde, der 1914 in dem 674 belgischen Zivilisten, ist aber anderer Ansicht! Das geht aus dem belgischen Sonderbericht des „Vorwärts“ dem sozialdemokratischen Organ in Belgien, „Le Peuple“ vom 5. September sehr deutlich hervor.

Unter der Ueberschrift

„Wie 674 Zivilpersonen in Dinant hingerichtet wurden“

nimmt der „Peuple“ seine Ausführungen eine Antwort an die Frankfurter Zeitung vom 1. September. Folgerichtig wendet sich also diese Antwort auch an den „Vorwärts“.

„Belonders dem „Vorwärts“ dürfte dieses Material sehr ungelogen kommen; denn es handelt sich bei den Ausführungen des „Peuple“ um einen Auszug aus einem amtlich zusammengestellten Bericht seines belgischen Parteifreundes, des sozialdemokratischen Außenministers Vandervelde!

Greie und Säuglinge

Siernach fielen bei den Kämpfen zwischen den feindlichen Truppen um die Zeit des 23. August 1914 insgesamt 674 Opfer aus der Zivilbevölkerung. Darunter befanden sich 44 Greie im Alter von 65 bis 88 Jahren, 69 Frauen im

Alter von 16 bis 88 Jahren und 50 Kinder im Säuglingsalter von drei Wochen bis zu 15 Lebensjahren!

Bei diesen Opfern handelt es sich also um die Gesamtzahl derjenigen Zivilisten, die bei den Kampfhandlungen der feindlichen Truppen zugrunde gingen. Mitteilungen in dieser Hiffr ist jedoch fast die ganze Anzahl von 90 Geiseln, die — ganz unabhängig von dem Stand des Gefechts der feindlichen Truppen — auf Befehl der eintretenden Offiziere Wilhelm II. festgenommen wurden. Von diesen 90 Geiseln wurden 77 als „Vergeltung“ für angebliche Franktreuerische Missetaten verurteilt. Was es mit dieser „Vergeltungsmahnahme“ auf sich hatte und

wen man alles für fähig hielt,

Frankturtreuen ausführen zu können, sagt Vandervelde, indem er wörtlich erklärt:

„Es es eine gerechte Aufstellung der Wiltierfüllung, daß man beim Bedarf-geffen bei Dinant 45 Geiseln — nicht etwa zum Schutz gegen Frankturtreuer, sondern gegen Franzosen, welche dem Feind in regulärem Kampfe gegenüberstanden — 90 Zivilisten festnehmen ließ, von denen 77 erschossen wurden! Darunter befanden sich 88 Personen weiblichen Geschlechts und darunter eine Frau von 88 Jahren, ferner 7 Greie von mehr als 70 Jahren und 15 Kinder unter 14 Jahren, wovon 7 unter 10 Jahren und weniger zählten.“

In dem Auszug des „Peuple“ werden auch Namen, Berufe, Alter und Wohnorte der ermordeten Geiseln aufgeführt.

Namen

Unter den Frauen befinden sich zum Beispiel Beude Pinaucille, 88 Jahre; E. Burton, 75 Jahre; A. Decome, 73 Jahre; E. Bourguignon, 68 Jahre; F. Bilot, 67 Jahre und eine ganze Anzahl von anderen Namen erschollener Greisinnen und jüngerer Frauen.

Unter den Greisen findet man folgende Angaben: F. Gobinne, Weber, 81 Jahre; J. Collard, 77 Jahre; E. Collard, 76 Jahre; E. Doulion, 75 Jahre; Kaufmann H. Bourdon, 74 Jahre; Edmied Morelle, 69 Jahre; Fabrikarbeiter Rogena, 67 Jahre. Und nun die Namen der Säuglinge und Kinder, die als „Geiseln“ niedergemetzelt wurden: ein Knabe von drei Monaten; Mariette Jivet, 1 Jahr; Kelly Baulot, 16 Monate; Felix Balleux und Gilda Genon, je 19 Monate alt, dann weiter die Namen zwei, sechs, acht und mehrjähriger Kinder. Ganze Familien wurden ausgerottet: Familie Morelle (6 Personen), Familie Dupont (4 Personen), Familie Kinnique (5 Personen) usw.

Kerkerstrafen für die Wiener Juli-Kämpfer

(Eig. Drahtm.) Wien, 8. September.

Der Schöffengericht verurteilte gestern einen Breuengeflechten wegen Aufreizung zu öffentlichen Gewalttätigkeiten anlässlich der Wiener Juli-Ereignisse zu 2 Monate und einem Wiener Müller wegen Erpressung zu 3 Monate schweren Kerker.

Freidenker-Internationale für die Arbeiterdelegationen

Die unter Führung des Sozialdemokraten Hartwig stehende Internationale der proletarischen Freidenker veröffentlicht in der letzten Nummer (Nr. 9) des „Arbeiter“ eine weit folgende Inhalts:

„Die Executive der Internationals proletarischer Freidenker (I. P. F.), Sitz Wien, hat in der Versammlung 1927 beschlossen, an die Regierung der S.S.R. ein Schreiben zu richten, mit dem die I. P. F. ihren Entschluß ausdrückt, im Hinblick auf die von England initiierte Einheitspolitik gegenüber Sowjet-Rußland und die hieraus sich ergebende Gefahr freigelegter Kompensationen ihrerseits alles in ihren Kräften stehende zu tun, um die Abwehrkräfte des Proletariats, insbesondere des freidenkerischen Proletariats, gegen den Imperialismus und die Kriegsgefahr zu verfestigen. Wir werden die Feier des 10jährigen Gedenktages der russischen Revolution benutzen, um alle unsere angehörenden Völkervereinigungen anzufordern, sich nach Maßgabe der vorhandenen Mittel an den Arbeiterdelegationen zu beteiligen, damit sie auch auf diese Weise unsere einheitliche Stellungnahme gegen die Einheitspolitik der Bourgeoisie zum Ausdruck bringen.

Alle der I. P. F. angehörenden Organisationen werden ersucht, dahin zu wirken, daß nach Möglichkeit an den Arbeiterdelegationen Freidenkerorganisationen teilnehmen.

Diese Stellungnahme klingt freilich anders als das würde Gesänge der gesamten sozialdemokratischen und Gewerkschaftspresse auf die Arbeiterdelegationen. Hartwig war im vergangenen Jahre selbst in der Sowjetunion. Obwohl er ein sehr kritischer Beobachter war, ist er doch zu der Überzeugung gekommen, daß es unter allen Umständen notwendig ist, aktiv für die Sowjetunion einzutreten und sich an den Arbeiterdelegationen zu beteiligen. Alle Freidenker sollten entsprechend dieses Aufrufes ihre ganze Kraft in den Dienst der Delegation und der Unterzeichnerliste stellen.

Zort mit dem Schulverpflegungsgesetz!

Entschließung des Hallischen Lehrer-Vereins zum Schulverpflegungsgesetz-Entwurf - Vor der Bildung eines „Kampfkartells gegen Kulturverfall“ in Halle

Uns wird geschrieben:

In seiner ordentlichen Monatsversammlung beschäftigte sich der Hallische Lehrerverein in der Hauptfrage mit dem Schulverpflegungsgesetz-Entwurf. Nach einer eingehenden Beratung und nach eingehender Aussprache fasste der Verein fast einstimmig folgende Entschließung:

„Der Schulverpflegungsentwurf ist annehmbar: weil er die Gemeinschaftsschule, die allein in der Lage ist, unser Schulwesen auf den höchsten Stand zu führen und funktionelleren Zersplitterung des Volksschulwesens vorzubeugen, nicht zur Entzweiung kommen läßt; weil er den Schülern für immer gesichert; weil er die Schulhoheit des Staates befestigt und die berufliche Stellung und die staatsbürgerlichen Rechte der Lehrenden gesichert; weil er die Schulbestimmungen des Artikels 174 nicht dem Sinne der Bestimmung nach erfüllt.“

Wenn wir auch der Meinung sind, daß der „Schulverfall“ so lange eine Gefahr ist, wie der Kapitalismus herrscht und darum kämpft, daß die Schule ihm williges Material zur Ausbeutung liefert, und wenn wir darum auch nicht erbaud sind von der Schulhoheit der kapitalistischen Staaten und die Aufsicht durch proletarische Elternräte für bedeutsam halten, so bezweifeln wir doch die Entschließung als ein Zeichen der wachsenden Erkenntnis von der Notwendigkeit des Kampfes gegen die Schulzerstückelung, jener schwarzen Lohnte der politischen und wirtschaftlichen Reaktion. Jeder sagt diese Resolution nichts darüber, wie dieser Kampf gegen die Zersplitterung der Schule sein soll, daß er eine Angelegenheit nicht nur der Lehrer, sondern der gesamten arbeitenden Bevölkerung ist. Wenn wir keine große breite Massenbewegung gegen das Schulgesetz organisieren können oder wollen, dann bleiben solche Resolutionen nur Papier. Wie in anderen Städten Deutschlands müssen auch in Halle sich zu diesem Zweck Lehrer, Freidenker und Arbeiterorganisation in einem „Kampfkartell gegen Kulturverfall“ zusammenschließen. Heute abend ist die vorbereitende Sitzung. Alle Organisationsleiter, die es mit diesem Kampfe ernstlich meinen, erscheinen ihre Vertreter.

Wieder Terrorurteile!

(Eig. Drahtmeldung.) Leipzig, 8. September

Am Mittwoch fällt der Verleumdungsprozess des Reichsgerichts nach zweitägiger Verhandlung in dem Zusammenhang des sehr wichtigen württembergischen Arbeiter eintraffen. Es wurden verurteilt wegen Vorbereitung zum Hochverrat, Vergehens gegen das Sprengstoffgesetz und wegen schweren Diebstahls bzw. wegen geistlicher Beihilfe

- Serbert Müller zu 1 Jahr 6 Monaten Zuchthaus;
- Wilhelm Seifried zu 1 Jahr Gefängnis;
- Christian Müller und Paul Müller zu je 10 Monaten Gefängnis;
- Otto Müller zu 7 Monaten Gefängnis;
- Christian Kurster und Adolf Red zu je 5 Monaten Gefängnis;
- Paul Ruff zu 4 Monaten Gefängnis;
- Osar Steine zu 8 Monaten Gefängnis.

Der Reichsanwalt Weintauf hatte sogar ein noch weit höheres Strafmaß gegen die Angeklagten beantragt.

Katowick tritt nicht zurück

(Eig. Meldung.) Paris, 7. September.

Der Minister der Sowjetunion, Katowick, hat gestern in einem Interview mit einem Vertreter des „Quotidien“ erklärt, daß er nicht daran denkt, zurückzutreten. Er wolle auf den seit einigen Monaten, seit dem Bruch Englands mit Rußland gegen die Sowjetunion geführten Kampf hin. Die Sowjetregierung hat gegenüber diesem Kriegstreiber ihre Friedenspolitik entschlossen fortgesetzt. Die Politik der Annäherung an Frankreich stimmt in der Natur selbst der Sowjetregierung einer sehr wichtigen Rolle ein. Bei den Debatten des ZK der K.P.S.R. Rußlands habe man schließlich zu dem Kriegstreiber gegen Rußland Stellung genommen und den revolutionären Standpunkt zur Abwehr gegen den kommenden Krieg begründet.

Monarchistisches

Die „Deutsche Zeitung“ meldet, daß die Deutschösterreichischen am kommenden Sonntag und Sonntag ihre Reichstagsdelegation in Wien bei Hinden (Wien) absetzen wollen. Ruffe wird über „Innen Freiheitssinn“ und „Größe der Welt“ - erlos! - reden. Am Sonntag wird dann der Vertreter durch eine Kumbgebung am Kaiser-Wilhelm-Denkmal abgeholt werden.

Der Reichsverband des Reichstages ist am Mittwoch, den 14. September einberufen worden. Er soll Stellung nehmen zum Zeitpunkt des Zusammentritts des Reichstages, als auch zum Zeitpunkt der Osterferien des Reichstages, die nur bis 14. Tage dauern. Zur großen Verwirrung ist der Reichstag erst Mitte November zusammenzutreten.

Die Wahrheit über die neuen Mietsteigerungen

Gegenüber den Ablehnungsparolen des Arbeitsministers Dr. Brauns schreibt die kommunistische Reichsleitung in der Zeitschrift: „Die Kommune“ zu den bevorstehenden weiteren Mietpreiserhöhungen:

In einer Denkschrift des Reichsarbeitsministeriums über die Wohnungsnot und ihre Befämpfung, die Ende Juli bekannt wurde, wird an Hand von Beispielen festgestellt, daß Neubaugewinnern die Hälfte der Mietschulden heute einen Mietpreis von 200 bis 250 Prozent der Friedensmiete erfordern würden. Durch den Einfluß öffentlicher Mittel sei es aber dadurch gelungen, die Miete der Neubaugewinnungen auf 130 bis 160 Prozent anzuheben. Als auf Grund dieser Denkschrift das Reichsarbeitsministerium in der Tagespresse ganz offen bekannt wurde, die Friedensmiete auch für die gesamten Altmohnungen in prägnanter Weise auf 100 Prozent steigen zu lassen, wurde diese Politik vom Reichsarbeitsministerium nicht bestritten und die ganze Denkschrift nur als ein Referentenentwurf bezeichnet. In einem Falle dieser Artlegung kann aber die wirkliche Miete des Reichsarbeitsministeriums doch in aller nur wünschenswerten Deutlichkeit zum Ausdruck. Es ist nämlich in der Erklärung des Reichsarbeitsministeriums, es sei nicht beabsichtigt, „vor dem 1. April 1928 eine weitere Mietsteigerung vorzunehmen.“ Also vor dem 1. April 1928 will uns der Gesamtminister Brauns keine weitere Mietpreiserhöhung aufhalten. Aber am 1. April 1928 tritt dann so liberale die nächste Mieterhöhung in Kraft. Die Bürgerleitungsregierung wird die Miete, den Ausgleich zwischen den durch ihre eigene verdrängte Politik hinausgetriebenen Neubaugewinnern und den Altmohnungen herabzusetzen. Schritt für Schritt rückwärts durchzuführen. Der Mietpreiserhöhung auf 120 Prozent vom 1. Oktober 1927 wird die Steigerung auf 130 Prozent am 1. April 1928 folgen, um nach der vorliegenden Denkschrift des Reichsarbeitsministeriums in weiteren Schritten möglichst bald die 100 Prozent, die schon als Ziel genannt sind, zu erreichen. Auf dieser Höhe des Mietpreises kann sich dann der schamlose Bauhauwettbewerb in vollem Umfange ausbreiten, während weitere Beiträge der Hauszinssteuererhöhungen in die Taschen der Grundbesitzer wandern.

Diese aufsteigenden Entschlossenheiten müssen den letzten Massen der verkäuflichen Bevölkerung gerade recht, wo wir unmittelbar vor der Durchführung einer weiteren Mietpreiserhöhung zum 1. Oktober stehen, ins Gedächtnis gerufen werden. Der energische Vorstoß gegen die jetzige Mietpreiserhöhung ist die Voraussetzung für weitere, uns noch bevorstehende große Auseinandersetzungen auf dem Gebiete des Wohnungswesens. Der Kampf gegen die neue Mietpreiserhöhung zum 1. Oktober ist auch schon deshalb ein dringendes Gebot, weil ein Ausbruch der Wohnverhältnisse bisher nur in den wenigsten Bezugsgruppen und nur teilweise gelungen ist. Das Arbeitsministerium muß in seiner Denkschrift selbst zugeben, daß eine überprozentige Mieterhöhung eine Erhöhung von 2 Prozent nach sich ziehen würde. Nach jeder außerordentlich geringen Erhöhung müßten also, abgesehen von sonstigen Steuererhöhungen, alle Löhne und Gehälter von März bis Oktober um mindestens 4 Prozent steigen sein. Das Arbeitsministerium gibt aber selbst zu, daß eine solche Erhöhung „nicht für alle Lohn-

Die terroristischen Pläne der russischen Monarchisten

In letzter Zeit Ende Juni konnte rechtzeitig eine Anzahl neuer terroristischer Akte verhindert werden. Es ist gelungen, die früheren Offiziere Samojlow, Stojew und Uwerow beim Ueberstreifen der lettischen Grenze festzunehmen. Nach dem eigenen Geständnis dieser Gruppe ist sie von der Kaiserl. Generale der russischen Monarchisten des Anführers des früheren Geheimes Nikolai Nikolajewitsch Romanow, zu Organisation einer Reihe terroristischer Akte gegen einzelne Sowjetfunktionäre in Leningrad gebildet.

Die Witwe Sunjatsen in Moskau

(Meldg. d. Tel.-Ag. d. Sowjetunion.) Moskau, 7. September.

Die Witwe Sunjatsen, Sunjilina, und der frühere Minister des Außen der Kantow-Regierung Eugen Tikhon sind heute in Moskau eingetroffen. Sie wurden von Vertretern des Zentralkomitees des Moskauer Komitees und zahlreicher Delegationen der sibirischen Kolonne und der Moskauer Arbeiterpartei begrüßt. Die Presse veröffentlicht ein an das Proletariat der Sowjetunion gerichtetes Begrüßungsschreiben der Witwe Sunjatsen, in dem es heißt: Namens der dem linken Komintern angehörenden Massen Chinas erkläre ich, daß die chinesischen Monarchisten, die heute mit unseren revolutionären Brüdern in der Sowjetunion verknüpfen, unfähig sind.



Die Witwe Sunjatsen, des Begründer des Komintern. Als Führerin der chinesischen Frauenbewegung ist sie bekannt durch ihren Auspruch: Die Chinesen war vor wenig Jahren noch um 500 Jahre hinter der Europäer zurück, es wird nicht lange dauern, bis sie ihr um 50 Jahre voraus ist.

empfangen gleichzeitig und in gleichem Ausmaß eintreten wird.“

Die Denkschrift führt vorwärts fort: „Es ist auch ohne weiteres anzunehmen, daß große Verleumdungen überbaut nicht in der Lage sind, die Mieterhöhung in gleicher Form abzuwälzen. ... Im übrigen muß die harte Satzung in Kauf genommen werden, daß die Verhältnisse immer und in jedem Zeitpunkt, der für eine Mieterhöhung überbaut in Betracht kommen kann, vorhanden sein werden.“

Die deutsche Sprache der Unternehmer, die da sagen, daß in Deutschland erst 20 Millionen Menschen ausleihen müssen, um die anderen die Steuern zu ermöglichen. Das ist die Sprache des Schmarhaders Vorzug, der den Abbau der Sozialversicherung in rückwärtsloser Form verlangt, wenn dabei auch 50 000 Arbeiter zugrunde gehen. Das ist die Sprache des buchnationistischen Schmarhaders, des Bergwerksdirektors Leopold, der erklärt, daß in den rationalisierten Betrieben nur etwa drei Viertel der bisherigen Arbeitsträfte beschäftigt werden könnten, „die übrigen müßten schon leben, wo sie ließen.“

Der städtische Bürgerkommissar Dr. Brauns will, daß alle Lohnempfänger die harte Satzung in Kauf nehmen, die zu jedem Zeitpunkt einer Mieterhöhung vorhanden ist. Unter Satzung muß es sein, daß am 1. Oktober die wertvollsten Massen die harte Satzung nicht ohne weiteres in Kauf nehmen. Gerade weil durch die Lohnkämpfe keine allgemeine Erhöhung eines Ausmaßes der Mieterhöhung erreicht ist, will der Bürgerkommissar es selbst ausgeben, daß gerade deshalb muß durch Mieterhöhung, Gemeindefiskus, Gemeindefiskus überall der Widerstand gegen die Mieterhöhung am 1. Oktober gestiftet und gestiftet werden. Der von der kommunistischen Reichsleitung während der letzten Reichstagsperiode unternommene Vorstoß muß in allen Mieterorganisationen, Gewerkschaften und Gemeinden unterstützt und weiter vorangetragen werden. Der Antrag unserer Reichstagsdelegation lautet:

„daß der Reichsarbeitsminister die Verordnung über Festsetzung einer Mindesthöhe für geleistete Miete vom 11. März 1927 (RGBl. 1927, Teil I, S. 72) dahin abzuändern hat, daß die für den 1. Oktober festgesetzte weitere Erhöhung der geleisteten Miete unterbleibt.“

Dieser Antrag wurde in der Juli-Tagung des Bürgerkommissars im August mit großer Mehrheit abgelehnt. In der September-Tagung soll ein erneuter verhängter Vorstoß unternommen werden. Es ist eines der dringenden Erfordernisse der Vorbereitung eines Kampfes gegen die Bürgerpolitik, daß aus allen Arbeiterorganisationen und Gewerkschaften gleichzeitige oder ähnliche Beschlüsse an alle zuständigen Stellen gerichtet werden.

Überall muß mit den Mietervereinen über einen solchen Antrag eine Ausprache herbeigeführt werden, wobei die Beschäftigung möglichst in großen Mitarbeitergruppen stattfinden sollte. Der Breslauer Stadtverordnetenbeirat, der verlangt, daß die Mieterhöhung am 1. Oktober nicht in Kraft tritt, muß überall weiter verbreitet werden und Lohnforderungen müssen diesen Druck weiterföhren.

worden. Diese Leute haben auch gefunden, daß sie Berufsämter, Spione sind und von der lettischen politischen Geheimpolizei (Gegenüber) aus angezogen für die Hintertreibung von Spionage nachweislich inhaftiert worden sind.

Im August gelang es, im Dorfe Schuja, Bezirk Petrowofsk (im Norden, nicht weit von der finnischen Grenze), Alexander Borisowitsch, Balmalow, einen Hauptmann der Wangel-Armee, und Alexander Alexanderowitsch Soloff zu verhaften. Bei den Verhaftungen wurden in der Wohnung des Balmalow, ein Handgehirn, ein Handgehirn, usw. - vor. Diese Gruppe ist zusammen mit einer anderen Gruppe, die aus Solowjew und Scharin besteht, unter unmittelbarer Leitung und Beihilfe des finnischen Generalstabes nach der U.S.S.R. geflohen worden. Die Sprengstoffe und das ganze Inventar für die Verhaftung dieser Leute unter Mitwirkung von Personen, die haben, die dem finnischen Generalstab angehören. Diese beiden Gruppen hatten den Auftrag erhalten, eine Reihe terroristischer Handlungen gegen Mitglieder der Regierung der U.S.S.R. zu begehen, sowie die Sprengung des Elektrizitätswerkes „Wolowitsch“ von Jemtland. Die Sprengstoff- und Bomben-Vorbereitung und die Vergiftung öffentlicher und Arbeiterpersonalen in die Wege zu leiten. Die Verhafteten Balmalow und Soloff machten erschöpfende Aussagen darüber, in welcher Weise das Dynamitmaterial im „Delomoi-Klub“ in Leningrad vorbereitet und angefertigt worden ist.

Die Untersuchung gegen die Letzliche ist auch gegen die finnische Terroristengruppe steht vor dem Abschluß.

Die kommunistische „Verschwörung“ in Budapest ein Bluff

(Eig. Drahtm.) Budapest, 8. September.

Das „kommunistische Komplott“, das die Horthy-Polizei mit Hilfe ihres Agentenreporteurs Kottis zu inszenieren beabsichtigt, ist bereits nach wenigen Tagen völlig zusammengebrochen. Von rund 200 verhafteten Arbeitern müßten die meisten wieder auf freien Fuß gesetzt werden.

Die Antikriegspropaganda in Frankreich unbezwingbar

Nach einer Meldung der „Täglichen Rundschau“ aus Paris, werden von kommunistischer Seite in den Kreislagen von Versailles unter den Kommunisten Antikriegsflugblätter seit Wochen verteilt, ohne daß es bisher gelungen wäre, diese Antikriegspropaganda zu verhindern. Der Kommandant hat die Gerichtsbehörden aufgefordert, dagegen einzuschreiten. Die „Journal“ aus Lantone meldet, daß dort ein Galionsuhr, der an die den Lokalbewohner Metrosch antimilitaristische Schriften verteilt, zu 10 Monaten Gefängnis verurteilt worden.

Neue Manöver der Wiener Sozialdemokraten

Die Wiener Sozialdemokraten veröffentlichten in der „Arbeiter-Zeitung“ einen Aufruf der Parteileitung zur Ablehnung der Reichstagsdelegationen, die Soloff und die Berichte aus. Ferner enthält der Aufruf eine scharfe Rede gegen die Kommunisten und appelliert an die Arbeiterklasse, nur auf dem Wege der Demokratie die Beilegung des wertvollen Volkes herbeizuföhren.

Die Not der Kriegssopfer

Obwohl der Reichstag bereits im Sommer 1926 in einer Entscheidung die Dringlichkeit der Aufbesserung der Versorgungsbedingungen anerkannt, ist auf diesem Gebiete bis zum heutigen Tage nichts geschehen. Auch die Kriegssopfer sind mit der Beamteten mit einer Neuregelung bis zum Herbst d. J. vertrieben worden. Die stetig aufsteigende Linie der Lebenshaltungskosten in Verbindung mit der Auswirkung der Mietzinserhöhungen haben die an sich bedauerliche Lage noch verschärft. Die Regierungen sind die für die Beamteten der Länder haben die demzufolge der Notwendigkeit einer sofortigen Hilfe für die Beamteten durch die Maßnahmen der Unterzeichnungsaktionen nicht verschließen können.

Der Reichsverband deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegerversammlungsleiter hat nunmehr bei der Reichsregierung Vorstellungen über die Unterzeichnung der Beamteten mit der entsprechenden Neuregelung auch über die Unterzeichnung auf den Kreis der verjüngten Kriegsbeschädigten auszuweiten unter Berufung auf die feierlich abgegebene Regierungserklärung, daß die Sorge um das Wohl der Kriegssopfer der Reichsregierung besonders am Herzen liegt.



Aus der Betrieben

Für die 3. Arbeiterdelegation nach der Sowjetunion

Trotz des erneuten Geistes der Reformisten und Sozialdemokraten über „Potemtschine Dörfer“, trotz des Geschrieis sozialdemokratischer Zeitungen, sogar aus der Feder russischer Menschen wissen, über die „Zurechtweisung christlicher Arbeiter“, hat die Bewegung für eine neue, die dritte Arbeiterdelegation, einen breiten Widerhall in den Betrieben gefunden. Die Arbeiter, auch die sozialdemokratischen, legen sich, daß wenn die sozialdemokratischen Führer ein solches Geschie erheben, und eine solche Fahrt von einer neuen Delegation haben, die Zustände im Lande der Herrschaft der Arbeiter und Bauern doch wohl etwas andere sein müssen, als sie in der sozialdemokratischen Presse geschildert werden.

Wie uns vom Einheitskomitee für Rußland-Delegationen mitgeteilt wird, sind bereits aus verschiedenen Betrieben, sowie aus Gewerkschaftsvereinigungen sozialdemokratische Delegierte namhaft gemacht worden. Die Namen der Kollegen folgen aus begrifflichen Gründen vorläufig nicht genannt werden. Es wird nun notwendig sein, daß noch mehr Betriebe und Gewerkschaftsvereinigungen zur Entsendung eines Kollegen aus ihren Reihen Stellung nehmen und so beschließen. Vor allem aber kommt es darauf an, die von der Herrschaft „Die Freiheit“ organisierte Unterzeichnungsaktion vollständig zu unterstützen. Besonders dürfen die ausgegebenen Listen, nachdem sie 20 Unterzeichner enthalten, nicht länger im Besitz des Sammlers bleiben, sondern müssen sofort an die Ausgabestelle zurückgeführt werden. Den hinfälligen Argumenten sozialdemokratischer Führer begegnet man am besten mit der Aufführung von Zahlen und Zahlen, deshalb sendet die ausgefüllten Listen ein.

Sonntagsarbeit im Bergbau

H.A. Vor einiger Zeit schrieb ein Arbeiterkorrespondent einen Bericht über die Sonntagsarbeit auf seiner Grube. Diese Sonntagsarbeiten und Sonntagsfahrten kann man im allgemeinen auf den Gruben stellen. Woran liegt das, dieses liegt lediglich einmal an den Gewerkschaften, da sie sich nicht genügend darum kümmern und vor allem nicht auf die Einhaltung des Tarifs achten. Was verstehen wir unter Sonntagsarbeiten oder besser gesagt, Notstandsarbeiten. Notstandsarbeit oder Sonntagsarbeit ist solche Arbeit, die in der Woche nicht erledigt werden kann oder wenn sich die Reparatur in Wichtigsten Arbeiter anstellen müssen. Aber Notstandsarbeiten fallen nicht die Reparatur an. Sonntagsarbeiten. Diese können an Wochentagen vorgenommen werden. Die Unternehmer legen aber, was wir für Arbeiter, oder es am Sonntag diese oder jene Lokomotive brauchen oder nicht; es ist nicht die Methode, mit der die Grubenverwaltungen arbeiten gegen die Arbeiter operieren. Es ist Aufgabe des Betriebsrats, daß er feststellt, ob die Arbeiten Notstandsarbeiten sind. Das ist die Pflicht und sein Recht, denn die Notstandsarbeiten müssen dem Betriebsrat anvertraut werden. Aber wenn man feststellen kann, daß selbst Betriebsräte Sonntagsarbeiten, und damit scheitern, ob es Notstandsarbeiten sind oder nicht, so befragt das genug. Ferner liegt es an den Kameraden und Bergmännern, wenn es keine Notstandsarbeiten sind, die Sonntagsarbeit zu verweigern. Eine weitere damit verbundene Frage ist, daß für die Sonntagsarbeiten die Grubenverwaltungen nur den Schichtlohn zahlen und 50 Prozent dazu. Man kann feststellen, daß man bald noch mehr in der Woche als an Sonntagen verdient. Dafür folgendes Beispiel: In der Grubenverwaltungen zahlen einen Vorkurs, der etwa 7 Mk. in der Woche pro Schicht beträgt. Sonntags wird nur der eigentliche Schichtlohn gezahlt, der 57 Mk. beträgt, dazu 50 Prozent, macht eine Summe von 83,50 Mk. also ein Mehr für Sonntagsarbeit von 1,55 Mk. Hier muß verlangt werden, daß man diese Mindernde abstellt, hier muß die Gewerkschaft eingreifen, um besser zu kontrollieren, das die Unternehmer den Tarif einhalten. Denn wenn wir als Arbeiter den Tarif brechen, dann ist der Unternehmer schnell da, aber wenn die Schichttarife ihn brechen, ist es nicht „schlimm“, denn der Profit muß ja immer mehr und mehr gesteigert werden. Aufgabe der Bergmänner muß aber sein, ebenfalls den Tarif einzuhalten und nicht gleich zur Sonntagsarbeit zu gehen, wenn der Meister beschließt, denn nur alle drei Wochen kann der Unternehmer die Arbeiter zu Sonntagsarbeit zwingen, und dann nur, wenn Notstandsarbeiten zu verrichten sind. Die Betriebsräte müssen den Grubenverwaltungen auf die Finger zeigen, ob die Sonntagsarbeiten Notstandsarbeiten sind, und daß auch diese Sonntagsarbeiten nur gezahlt werden, wenn sie vom Betriebsrat anerkannt sind.

Ein Wahnwitz der Zeit

H.A. In der Firma Thiem & Wwe haben die gesamten Klempner am vergangenen Freitag ihr Arbeitsverhältnis gelöst und die Arbeit niedergelegt. Diese Klempner sind unorganisiert, aber auch sie müßten einsehen, daß sie mit ihrem Lohn nicht mehr auskommen

Der Betriebsmord

Von Otto Glöckner

18] Tieren und Fenster sprangen auf. Reugier und Bekämpfung trieb die Leute aus den Häusern. Die Straßen füllten sich. Das ganze Städtchen schwärzte sich. Es bildete sich eine riesige Menge, die sich langsam in Bewegung setzte. Die Menschen schrien, schrien, schrien. Das Geräusch wurde immer mehr zu einem politischen Ereignis. Als der Bürgermeister die vielen Demonstranten sah, machte er auf alle, den Verhältnissen zu entsagen. Ihn begünstigen draußen treuherige Juriste. Er ließ auf der Treppe, während sich seine Wut. Sein Spott fiel angedeutet in die verfallenen Menschen hinein, wachte bei ihnen ein lautes Gelächter, gegen das Manches gesehelt.

Kauf trat auf die Marktschranke, tief den Verammelten zu: „Jetzt demonstrieren wir noch vor der Villa... gegen den Betriebsmord... die dahinter sollen sehen, was es gelingen kann.“ Klammern und Wurfgeschosse trafen zu ihm, antworteten: „Kauf doch das, wir wollen uns doch nicht den ganzen Nachmittag auf der Straße herumtreiben.“ Kauf antwortete lakisch: „Ihr seid ja nicht nicht müde, könnt Euch in eure Fabriken zurückziehen, wenn Ihr Angst habt, der Herr Betriebsleiter nimmt Euch das über.“ Die meisten böse Geschrei. Ein Dugend ununtergeordneter Sozialdemokraten gegen sich in ihr Parteifeld zurück. Die Massen setzten sich in Bewegung. Unerschöpfliche traten nach dem einen in den Augen ein, als die Wut voll einwirkte. Sie kamen an die Fabrik; im Bureau arbeitete man noch. Die

klein. Die Firma ist zurzeit ohne Klempner und wird auch keine bekommen.

Manche Arbeiter glauben, wenn sie unorganisiert sind, dann zeigt sich der Unternehmer entgegenkommender. Dagegen zeigt er etwas anderes und muß eine Mahnung für alle noch dem D.M.R. fernbleibender Kollegen sein, sich dem Verband anzuschließen und gemeinsam mit den Kollegen der anderen Betriebe für Erhöhung der Löhne zu kämpfen.

Konferenz des Zentralverbandes der Maschinisten und Heizer, Wirtschaftsgebiet Zeitz

Dank der „vorzüglichen“ Strategie der Verbandseleitungen fanden am vergangenen Sonntag in allen Bergbauvereinen getrennt liegende Gewerkschaftskonferenzen statt, um zur Lage im Bergbau Stellung zu nehmen. In Zeitz war z. B. der Urlaub zu verzeichnen, daß fünf Minuten von einander entfernt zwei Konferenzen lagen, welche ein und denselben Zweck verfolgten. Gegen diese Kräfte verpöhlerte wandten sich sofort bei Beginn der Konferenz die Kollegen Noe, Meuselwitz, und Schauer, Teudern. Der Betriebsleiter H. e. erklärte dazu, daß die Konferenzen getrennt nicht, weil man Bergbauarbeiter nicht ständig behauptet wird, die anderen Verbände brauchen ihn nur als Belegkneben. Eine ganz merkwürdige Begründung.

Über die Lage im Bergbau und über die Absichten der Bergarbeiterverbände referierte H. e. Er schilderte die Verhältnisse der Untertage und der Oberbergleiter andererseits, deren Zimmerläufe und jener Gemeine. Die notwendigen Schlussfolgerungen zog indes Heilke ebensowenig, wie die Organisationsleistungen allgemein nicht gezogen haben. Er legte eine dementsprechende Entschädigung vor.

Als erster Diskussionsredner sprach Kollege Noe, Meuselwitz, der sich in starker Weise gegen die Landarbeit der Verbände wandte. Noe bestritt die Schärfer der Lage im Bergbau und bezog sich dabei ausdrücklich auf zwei Artikel in der Bergarbeiterzeitung. In demselben Sinne sprach auch der Kollege Schauer, Teudern. Dieser schilderte besonders die Stimmung in seinem Bezirk. Er bestritt die Bedeutung der Arbeit und der Bergarbeiter. In der Zeitschrift waren auch keine Mitteilungen über die zu Ende gehenden Streikarbeiten im Leuznauer Bezirk, wodurch in den nächsten Wochen etwa 2000 Arbeiter arbeitslos werden, was natürlich für die Bewegung der Bergarbeiter nicht gleichgültig sein kann. Hier wies sich die Unentschiedenheit der Verbände auf. In der Zeitschrift der Bergarbeiterorganisationen, welche Heilke in seinem Bezirk wie „Sauerbier“ anbrachte. Die Kollegen Noe und Schauer forderten klare und entscheidende Maßnahmen, daß man aber nur die geschlossene Arbeitsniederlegung bei Nichterfüllung der Arbeiterforderungen

sein. Aber mit Heilke Kräfte, Arbeits, juristischen Einflüssen und Fingeln eine solche Niederlegung führen will, der ist es mehr ein Narr oder ein Betrüger. Kollege Noe brachte folgende Entschädigung ein und stellte sie zur Diskussion:

Die am Sonntag, dem 4. September, in Zeitz tagende Vertrauensleute- und Betriebsräte-Konferenz des Zentralverbandes der Maschinisten und Heizer, Wirtschaftsgebiet Zeitz, beauftragt die Verbandseleitung, mit dem am Tarif beteiligten Bergarbeiterorganisationen folgende Forderungen an die Unternehmer zu richten:

1. Erhöhung der derzeitigen Schichtlöhne um mindestens 80 Pf. pro Schicht.
2. Die Unternehmer haben sich bis zum 10. September über die Annahme oder Ablehnung zu entscheiden. Im Falle der Ablehnung ist am 12. September die Arbeit einzustellen.
3. Verhandlungen über die Mindestforderung von 80 Pf. dürfen nicht geführt werden. Schlichtungsprüfung, die weniger als 80 Pf. vorsehen, sind abzulehnen.
4. Für eine breite Mobilisierung der Bergarbeiterzeitung ist Sorge zu tragen.

Die Ausprache war lebhaft und lebendig. Stimmliche Redner sprachen sich für kräftiges Jafragen aus, niemand wandte sich gegen den Kampf. Viele Redner schloßen sich der Kritik der Kollegen Noe und Schauer an der Taktik der Verbandseleitungen an. Heilke verwarf sein Schlußwort fast ausschließlich dazu, um die Kindegewalt zu retten. Diesmal verlor er es noch, denn die Entschädigung Noe wurde mit 6 bis 8 Stimmen bei 25 Konferenzteilnehmern abgelehnt.

Unter Vorsitz des neuen Leitenden Kollegen Noe die Verträge der Unternehmer, auf allen Stellen heute zu haben, wie z. B. auf der G. u. B. in der Zeitschrift der Bremer. Er forderte die Verbandseleitung auf, dagegen Maßnahmen zu ergreifen, was auch angefragt wurde. Zu den Kündigungen in den Bergarbeiterverbänden forderte Kollege Noe ebenfalls eine Stellungnahme gegen die Vergammswohlfahrtsgesellschaft bzw. ihre Untergesellschaften und deren Organe. Es wurde ebenfalls in diesem Sinne beschloßen.

Ungefallen traten an die Fenster, raunend. Waren das wirklich alle die Arbeiter, die man täglich in der Fabrik sieht, ander? kamen sie so zum Friedhof oder marschieren zu einem Fest? Sprach da nicht Stolz aus ihren Gesichtern. Wo blieb die Trauer und Mitleid mit dem Toten? ... So hatte das lebende Blut einer Zeitungsredaktion getriebene Klasse diese Gefallen aufgelistet und ihre Geschlechter gefahrt.

Der Zug kam an die Villa des Betriebsleiters. Er stand auf dem Balkon, beide Hände in den Taschen, grinsend. Doch man gegen seinen Willen heute den ganzen Betrieb flügelte, betrachtete er als eine persönliche Niederlage. Machtlos geblieben, quoll seine Wut, als er die Arbeiter zur demonstrieren sah. Seine frechen Miße witzten wie eifriger Herold auf die heißen Köpfe der Demonstranten.

Schneider, der am Rande ging, sah den Betriebsleiter ... Dem Hilde löblich. Es war ihm, als stünde er plötzlich wieder am Ende und blickte sich um. Er ... feig und schrecklich. „Werden Sie doch das doch sofort zu und dann gehen die Leute wieder an ihre Arbeit ... Und jetzt war zu hören, wie Pantrach in seine Wohnung hineinrief: „Wieder mal eine Gelegenheit zum Faulenzen.“ Einer aus dem Zuge hörte ihm laut zu. „Du bist der größte Faulenzer auf Gottes Erdboden.“ Der Alte war schon an der Grenztür verortet ... Da ließ gleich das Blut in ihm aufkommen, er sprach zurück: „Wah auf, wenn ich raus komme, habe ich dir ein paar Finger die Ohren, daß Du denst, Diern und Fingern fällt auf einen Tag.“ Von oben her kommend, Pantrach, „Von der Türe von ...“ Hoher trat aus dem Zuge ... Nicht provozieren lassen.“ Wenn im Zuge, der sich zur Hälfte an der Villa vorsetzt vor, stimmte man die „Internationalen“ an.

Von der Grödlwitzer Brücke

Am Mittwoch, kurz nach der Frühstückspause, erschien die Frau eines Kollegen, welcher sein Brot und seinen Kaffee vergessen hatte, um ihrem Mann selbigen zu bringen. Als nun der betreffende Kollege den Weibchen Strazetz anständig fragte, ob er einmal zu seiner Frau gehen könnte (man bedachte, daß diese nur in einer Entfernung von 10 Metern von uns stand), um sein vergessenes Frühstück in Empfang zu nehmen, sagte dieser zornig: „Dann können Sie gleich für immer gehen.“ Ein anderer Kollege sagte darauf: „Das ist denn aber doch allerschlimm.“

Hierauf gab der Meister den beiden Kollegen ihre Stundenkarte mit der Bemerkung, daß sie entlassen wären.

Zu erwähnen sei noch, daß beide Kollegen am selben Tag erst an gefangen haben und längere Zeit arbeitslos gewesen sind. Ferner sind beide kammerlos.

Am Freitag, dem 2. August, nachmittags, fühlte sich ein Kollege nicht wohl und ging deshalb auf den Vorort, wo er sich brechen mußte. Da es ihm nicht besser wurde, setzte er sich hinter einen Arbeiterhaufen. Als er eine halbe Stunde fort war, vernahm ihn der Meister. Er rief und sagte, daß er ihn entlassen werde. Daraufhin wurde der Kollege, welcher auf Wanderfahrt ist und seit einigen Wochen hier arbeitet, vom Magaziner bemerkt, welcher nichts anderes zu tun hatte, als zum Meister zu laufen und ihm zu berichten, daß der Kollege geflohen habe. Ohne den Fall zu prüfen, entließ ihn sofort.

Stintbude Wert Groitzschen

(Jungarbeiter-Korrespondenz)

Die Brittenfabrik und Schmelze Groitzschen ist eine der größten Stintbuden, die man überhaupt im Weisenfels-Bezirk Braunschweiggebiet findet. Aber auch in diese letztere Bede hatte sich Stintbude Wert Groitzschen eingeschrieben. Allerdings nicht auf eigener Initiative, sondern auf Grund einiger Beschwerden aus den umliegenden Dörfern erschien am Dienstag, dem 30. August, der Landrat vom Kreise Weisenfels mit seinen Trabanten, um einige Wollproben zu nehmen. Denn das Woll, was da abgehört wird, fällt selbst der wollehaltigen Gesellschaft auf die Nerven. Aber der Besuch war nicht unvorhoff, wie man allgemein annimmt, sondern bereits eine Woche vorher hatte die große Renovation ein. Die Proleten, die den hohen Besuch nicht gehen haben, merkten ihn, denn die Luft war gleich etwas besser, offensichtlich bleibt es so. Die Urlade dieses sehr wollehaltigen Barlums bilden zwei Schlammele in der Höhe der Bestimmung, welche höchst feuergefährlich sind. Hier wäre auch Arbeit für die Feuerwehrgesellschaft.

Eine weitere vorläufige feuergefährliche Einrichtung ist bestimmt das Bad. Betritt man das für Männer, so muß man schon aufpassen, daß man die Decke nicht auf den Kopf bekommt. Weinstens ist Wasser- und ein Weibchen da, so ist es kein Wunder. Das Bad für Frauen ist noch besser eingerichtet, so sind für 20 Frauen eine Kamme und drei Brausen vorhanden. Es kommt vor, daß fünf bis sechs Frauen in der Kamme sind und die anderen warten müssen.

Aufgabe des Betriebsrates ist es, hier einzugreifen und derartige Missetatungen zu heilen. Aber der Betriebsrat muß auch gelagt sein, daß die Raubheit endlich aufhören muß und nicht alles so gläubig höher genommen werden darf, sondern auf eigener Initiative. Die Jahre zeigen es! Es ist deshalb Pflicht aller Kameraden, sich selbst gewerkschaftlich zu organisieren und damit zu beweisen, daß sie nicht gewillt sind, vollends in die Barbare zu fallen.

Der Note Beobachter.

Was hat Herr Raina eriaudt

H.A. Die Stadt Torga beschäftigt beim Straßenkehren mehrere Arbeiter, welche ihre jungen Knaben bei der Stadt durch Kanalarbeit haben gerinnend lassen. Heute haben diese Arbeiter 20 und 25 Jahren in ästhetischen Diensten, so daß sie nicht mehr bei ihrer Arbeit geordnet sind. Selbst bekommen ihres Alters gegen nun auch Altersrente. Da nun Herr Raina, der die Arbeit verteilt, er ist einmal der Bauart. Kurz entschlossen ließ er den alten Reuten am Jahlaben pro Stunde 30 Pfennig, die Beschleichen noch 30 Pfennig, da die Reute bekamen, aber dürfen sie nicht sofort Lohn bekommen. Sollen nicht werden die alten Leute sofort an ihre Organisation wenden, daß ihnen ihr verdienter Lohn, der natürlich festgelegt ist, auf Heller und Pfennig ausgegahlt wird. Oder will Herr Raina die alten Leute so sein, wie man sie in der Stadt erhält, und er weiß nicht gleich, wie er sie am schnellsten entlassen kann? Nun, Herr Raina, aus Sie werden einmal alt und dann müssen auch Sie mit ihrer Pension auskommen, wiewohl Sie noch Hausbesitzer sind und ihre Miete durch Arbeiter aufbringen lassen, wiewohl die alten Leute früher ihr billiges Geld der Stadt ihre Kraft anfertigen, und heute nur einen Minus machen, der ja auch ihre ganz Sparrenten dem Vaterland als Kriegsanleihe in den Rücken geworfen werden. Heute trifft diese alten Leute der Dant der Stadt Torga, welche für Hindenburg 200 Mk. als Geburtsdagsgeschenk anfert, aber dieses Geld den alten ausmangelten Arbeitern zum Lohne nimmt. Wirklich eine nette Einrichtung bei der Stadt Torga.

Pantrach trat mit der Nagelbühne ins Reichthum. Arbeiter sprangen aus dem Zuge heraus an die Gartentür. Einer packte den Alten, ihn in den Zug zurückzudrehen. „Das den Kerl, es kommt schon die Zeit.“ Pantrach lachte: „Machen Sie doch Sie fortzommen da ... Ich will mal Sie glatt über den Haufen!“ Der Zug setzte sich, die Demonstranten drängten zu dem Tore. Der Alte rief letzte Schritte über den Zaun. „Das ist ... es soll Deine letzte Schandtat sein!“

Schneider rüttelte an der Türe. Pantrach riefte, sagte mit angestrichelter Stimme: „Wenn Sie jetzt nicht sofort verschwinden, bestude ich mich in Notwehr und mache richtichstlos von der Türe Gebrauch.“ Kauf und der fremde Kommunist kamen heran, suchten die Demonstranten von der Türe wegzudrängen, mahnten: „Weitergehen, Kollegen, das hat doch keinen Zweck!“

Die Türe ging auf, der Alte klopfte in den Garten hinein ... Er sah die Türe, der Alte war getroffen, stürzte Pantrach entgegen: „Das soll Deine letzte Schandtat sein.“ Die Demonstranten strömten in den Garten. Pantrach stand auf den ersten Stufen der Treppe, sah wieder, traf einen, der den alten Schneider zurücktreiben wollte. Jetzt gab es Alarm. Gehul, Hülfe, Schreit den Türe tot! Pantrach sagte ins Haus, rammte die Türe hinter sich zu. Es half nichts. Die Massen stürmten heran, die Türe drach treudend ins Haus. Pantrach fiel unter Häufen schreiend zusammen ... rief, unter Häufen ... Pantrach trug den Kollegen den alten Schneider fort; er ließ in ihren Armen. Es war seine letzte Tat und der Nord an ihm zugleich die letzte Schandtat seines Heimbundes gewesen.

— Ende —



Henko

Wasch- und Bleich-soda
macht hartes Wasser weich!

Jeder staunt!

- Herren-Stiefel (schwarz Rindbor, kratziger Stiefel) 8 90
- Herren-Halbshuh (schwarz Rindbor, weiß ge-doppelt) 9 75
- Herren-Sportstiefel (schwarz Rindbor, mit Doppel-sohle und weichesdichtem Futter) 12 90
- Herren-Halbshuh (braun, moderne Form) 10 50
- Damen-Lackpangenschuh (die neuesten Formen) 8 90

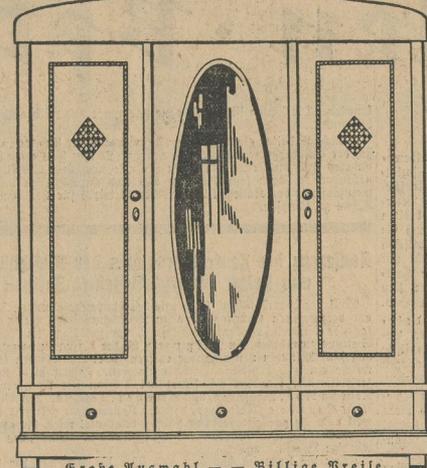
Halbshuh, mit Kreypp-Gummifohle, prima Qualität
braun 17 50 Größe 36-39 schwarz 16 00 Größe 36-39 14 75

**Schuhwarenhaus
Hönigsberg
Halle a. S.**
I. Geschäft: Gr. Ulrichstr. 54 II. Geschäft: Gelststr. 9 (Ecke Fleischstr.)

Schlafzimmer-Schränke

mit oval gefächtem Spiegel, 1/2 Wäscheeinrichtung, 1/3 für Kleider

auf Teilzahlung



Große Auswahl — Billige Preise
Anzahlung 40.— Mt. Wochenrate 5.— Mt. oder Monatsrate 20.— Mt.
Eichmann & Co., Halle a. d. S.
Große Ulrichstraße 51 — Eingang Schulstraße *2890

Bei 10 Mt. Anzahlung und wöchentlich 3 Mt. Abzahlung erhalten Sie sofort ein
la. Marlen-Fahrrad
Fahrrad-Betrieb G. m. b. H.
nur Steinweg 32
am Mannischen Platz

Todesurteil bringt **Riesold**
Sept. 1924, 11. Sept. 1924, 11. Sept. 1924, 11. Sept. 1924
Wanzen
Bertr.: Halle a. S., Schurig, Steinweg 10
Merseburg, Wenzl, obere Burgstr. 6

Neu eröffnet:
Federanschnitt
Witz, Kranig
Alte Promenade 14
R. 23, Rammer, Justiz
1. Brand möbl. Zimmer
Erl. u. 2384 a. d. Post.

Wo speise ich gut und billig?
im **Volkspart?**
Burgstr. 27 Telefon 110 27

Dankfagung
Für die herrliche Teilnahme beim Hinübergeben unserer lieben Entschlafenen legen wir allen, die ihr das letzte Geleit gaben, unseren tiefgefühlten Dank. Besonders dankt dem Grafen Riedel für die feine reitfertige Worte, sowie dem Verein der Oberalten für die erwiesene Aufmerksamkeit.
Im Namen aller Hinterbliebenen
Wilhelm Müller

Allen denen, die meinem lieben Vatter, Schmitzger, Großvater, Bruder, Onkel u. Schwager
Franz Ahme
das letzte Geleit gaben, danke mit hierdurch nochmals herzlich
Onsdorf, den 6. September 1927
Die trauernden Hinterbliebenen

Schlachtfest
B. 9 Uhr ab 10 Uhr
B. 11 Uhr ab 12 Uhr
Schwefelstr. 28

Todesanzeige
Durch Unfalltod verstorben nach kurzen kranken Leben mein lieber Bruder, Onkel, Schwager und oherer-liebes Freund, der Herr
Friedrich Schrimpf
im 57. Lebensjahre
Merseburg, den 6. Sept. 1927
Die trauernden Hinterbliebenen:
Fr. Margarete Bogel, geb. Schrimpf
Fr. Anna Söll
Die Beerdigung findet am Freitag, nachm. 3 Uhr auf dem Stadtfriedhof statt

Nachruf
Durch Unfalltod verstorben unter familiärem Mitgefühl, der Herr
Friedrich Schrimpf
Die Portenmitgliedenschaft von Merseburg wird ihm ein herzliches Gedenken erweisen
KPD.
2406 Ortsgr. Merseburg

Spendet für die „Rote Hilfe“

U. Goldstein, Eisleben zeigt ab Freitag Herbst-Neuheiten!

Das größte, führende Kaufhaus in seinen Fenstern

Unsere Väter sind reich portiert mit hübschen Neuheiten zu Preisen, die jeder Mann anlegen kann

Unsere besten Tausen nur bei unseren Interessenten!

Fahrräder

la. Marken
10 Mark Anzahlung
3 Mark Wochenrate
Paul Lucke, Halle a. S., Bäckerstr. 1 (Glanbacher Str.)
Reparatur-Werkstatt
Esmalieren
Bernstein

Fahrräder
Anzahlung 10 Mt., Wochenrate 3 Mt.
Fr. Franke
Leibnizstr. 4
Tel. 294 78
Reparaturwerkstatt
Leibnizstr. 2

RADIO
Apparate und Teile
Hermann Klay
Leibnizstr. 7
Telefon 231 78

Bahnhofs-Tunnel
Schüler: Ernst Koster
Gaststätte für Jedermann
Warme Speisen
zu jeder Tageszeit, zu billigen Preisen
kochen gut verlegte Küche
Jeden Tag frisch
Gebackener!

Friedrichshof Zwintschowa
Bühnen-Spielhaus
Herrliches Schwimmbad, Luft- und Sonnenbad
Reizvollstes
Jahresfesttaglich, Quellwasser
Dieses Jahr auf ca. 200 Stellen erweitert

SINGER
Nähmaschinen Akt.-Ges.
Zahlungsvereinfachungen
Teile - Madeln - Reparaturen
Halle a. S., Leipziger Str. 23, Mühlenweg 22
Bitterfeld, Mühlenstr. 24

Familienbad
Amendorf - Skopau
Kaiserallee des Fernbades Halle-Merseburg
Schönes Bad der Umgebung
Reizvolles Zirkusbad
10000 qm Luft- u. Sonnenbad
in freier Natur
Für Familien herrliche Sitzegelegenheit
unter warmem Baumdalland

Bereine Drucksachen
Bereine am besten über
alle in der Provinz, Geschäftsverträge
Halle a. S., Sandkühnenstr. 14, die Lohn-
druckerei
Tel. 2104, 2107

Fleischerei
Otto Ulrich, Glauchaer Str. 28
Empfehle meine
Fleisch- und Wurstwaren
Nur erste Qualität

Beerdigungs-Anstalt
Willy Lutze
Halle an der Saale
Krausenbergstr. 7
Geschäftsstelle des Deutschen
Beerdigungs-Vereins
Tel. 259 20

Von 10 Mk. Anzahlung an
und 3 Mark Wochenrate erhalten Sie ein
Qualitätsrad
Nähmaschinen- und Fahrrad-Großvertrieb
R. Möller, Schmeerstr. 1

Niemberger Molkerei
empfiehlt ihre Produkte
Sourmilch-erlauge Lindenstr. 52
Ferner Käse:
Martini, 12, Beethovenstr. 1
Käse, 22, Schillerstr. 16
Euhm, Bucherer-Str. 57
Käse, 47, Tel. 22416

Rind- u. Schweinefleischerei
Mag Neukner
Langestr. 30
Tel. 30
Feine Fleisch- und Wurstwaren
Spezialität:
H. Zinschnitt

Empfehle allen
Genossen und Genossinnen meinen
Damen- und Herren-Frisiersalon
Cute und schnelle Bedienung angeordnet
Hilf. Schubert, Gr. Klausstr. 7

Uhren und Goldwaren
kaufen Sie recht und billig bei
Amand Weiss
Halle an der Saale
Kleinmieden 6

Schuhe und Stiefel
wie immer nur bei
Alzak
Steinweg 46-47
Ecke Taubenstraße

Farben und Tapeten
nach wie vor gute
Lieferung zu soliden Preisen
Mittags 11 Uhr
nur bei
Farben-Kramer
Mittelwache 9/10
Telefon 214 65

Gewerkschaftshaus Halle
Burgstr. 42-44
Vorbereitung zu soliden Preisen
Unter und preiswerter
Mittags 11 Uhr



zu noch über die Kartenausgabe gesprochen. Es steht fest, daß drei Kartenausgaben vorhanden sind und zwar: eine Hauptkarte, die im Besitz des Genossen Stief als Hauptkarte der Opposition ist; eine zweite Karte, die die Interessen der Partei, sowie eine dritte Karte, die die Interessen der Partei gegen die Kartenausgabe ist.

Es handelt sich also nicht um einen einheitlichen Willen, die Einheit der Partei, die von der Opposition tagtäglich gestört wird, herzustellen, sondern um eine vorbereitende Spaltungsmaßnahme. Jedes Parteimitglied weiß also, daß die im Umfange befindlichen Willen den Zweck haben sollen, Mitglieder der Partei zu entreißen. Wie ein Hehn muß es beschaffen antworten, wenn auf dem Kopf der Unterwerfungswilligen und ähnlich im Antreiben steht:

„Wir schließen uns daher durchaus dem Antrag der ruffischen oppositionellen 38-Mitglieder an, die in ihrer Erklärung die Zustimmung der Gruppe der linken Kommunisten (Arbeitsgruppe) in die SPD, und die Bewältigung der ruffischen, leninistischen Parteidemokratie geordert haben, damit die große Gefahr der Bildung einer zweiten Partei in Deutschland, zu der diejenige Gruppe, welche die Ausschüsse zu verantworten haben, treiben, vermieden wird.“

„Sobald Parteimitglied, dem es ernst mit der Parteieinheit ist, muß ein solches leninistisches, demagogisches Spiel als unzulässig angesehen werden, der außerhalb der Partei in längerer Tätigkeit bemerkt, daß er sich auf dem Boden des Leninismus steht, für das Ansehen und die Stärkung der Partei arbeitet, leben die Ziele der Partei offen. Daß diese Genossen sich verpflichten müssen, die Beschlüsse der Partei anzuerkennen und durchzuführen, ist für jedes ehrliche Parteimitglied eine Selbstverständlichkeit. Was sagte aber Genosse Kilian, welcher sich als Sprecher der Opposition in einer Verhandlung mit dem 38. aufwarf.“

„Man kann den Genossen, die nach ihrer Meinung ohne Grund ausgeschlossen werden, nur sagen: Ihre revolutionären Gesinnung, nicht zuzunehmen, einen Saufen Bedingungen anzuerkennen.“

„Wo aber steht der Willen? In der Partei gibt es für Kilian und seine Freunde eben keine Parteizucht, keine Disziplin, keine Bedingungen, die jedes Mitglied anerkennen muß. Für ihn ist die Partei ein Kapital, in dem er seinen Gewinn sucht, was heißt? Nach ihm ist die Partei ein ganzes solches Spiel vieler Opposition. Sie wissen, daß ohne Anerkennung gewisser Bedingungen eine Aufnahme unmöglich ist. Sie treiben diese Kampagne in der bewußten Absicht, seinen Willen durchzusetzen, um dann zu schreiben, so wie es eben schon zum Ausdruck kam, daß 38. heißt.“

„Man, die Parteimitglieder sind so plump, um die Parteimitgliedschaft in unserem Bezirk künftighin zu können.“

Die „Partei“ in der Partei
Eine Opposition, welche anläßt patriotischer Argumente mit Verleumdungen schillerter Art arbeitet, welche schon, wie im Bezirk Baden, Marken in Umfange steht, und redet von der Einheit der Partei, hat sich eine Opposition, die ist organisatorisch in der Partei die neue Partei bildet, macht ein solches inhumanes Wortspiel in der bewußten Absicht, die Parteimitgliedschaft zu betriegen. Es ist unbetritten, und wir bringen nachstehend den Beweis, daß diese Organisation aufgebaut wird, daß 38. sich in der Partei ausbreiten werden. Unter der Flagge der kommunistischen Partei für die Sache des Kommunismus werden jedes oppositionelle Mitglied fortlaufend nummerierte Karten ausgegeben. Jeder Scheinheitsführer hat eine Karte, welche nebenbei eine Photographie bemittelt. Aber das ist schon die organisatorische Basis für eine neue Splitterpartei!

Einige Worte zu dem neuesten „Dokument“ der „Opposition“
Im engsten Zusammenhange mit jeder sogenannten „Einheitskampagne“ erheben wir uns gegen die Versuche, die auf dem Sekretariat der Bezirksleitung und überreichen ein umfangreiches Schriftstück, in welchem die Aufnahme der Urabstimmungsgruppe verlangt und die Maßnahmen der Opposition begründet werden. Dieses wertige Schreiben ging auch dem Zentralrat der KPD und der 38. zu, um die Mitglieder der Urabstimmungsgruppe zu überzeugen, sollen die schillernden und bewußten Verleumdungen nicht abgelehnt werden. Und dieses Schriftstück ist zweifellos eine fraktionelle Arbeit unter der Leitung Kilians. Es heißt dort in der Begründung:

„Maßnahmen vorgeschlagen, insbesondere die Wiederaufnahme der ausgeschlossenen Genossen und die Wiederherstellung des Rechts der Opposition, ihre von der Parteileitung abweichende Auffassung in Wort und Schrift zu vertreten zu können.“

Siehe gegen die Parteileitung führen zu können. Wie lagen die Dinge? Genosse Schröder hat sein Verlangen, seine Auffassung nach Erheben der Opposition zu forcieren, da, wie die Disposition seines Vortrags ausfragte, er sich vollkommen auf der gleichen Linie bewegte. Nach als die Opposition, an ihrer Spitze Kilian, die alte Kartenausgabe bestritt, schrieb der Genosse Schröder in „Kommunisten-Kurs“ (Nummer) und an anderen Stellen folgendes:

„Die größte Gefahr, die besteht, ist die Einheit, mit welcher breite Arbeiterschaft diesen unerbittlichen Kriegspromotionen gegenübersteht. Es wäre ein Verhängnis, wenn es den innerparteilichen Kämpfen im entscheidenden Moment überaus wichtige Schlagen. Die Gegenwehr gegen einen neuen Krieg ist ein harter, langwieriger Prozeß, der darin besteht, die Massen von diesen Kriegstreibern zu lösen, sie zu überzeugen, daß ein Kampf gegen die Sowjetunion das gelindeste Selbstverleugern ist.“

Daraus geht hervor, daß Genosse Schröder eben das Hauptgewicht der gesamten Kampagne auf die Arbeit zur Verhinderung des Krieges gelegt haben will. Die Schläge, die Kilian kommen hier ebenfalls einige Monate zu spät. Was sagte der Genosse Schröder zu den tatsächlichen Verhältnissen, wie schon bei Kriegsausbruch, also wenn es uns nicht möglich sein sollte, den Krieg zu verhindern?

„Schaffung einer illegalen Basis, d. h. Ausbau der Betriebszellen und Schulung der Parteimitglieder über alle tatsächlichen Probleme.“

„Wichtig wäre es, wie es zu den Aufgaben der Kommunisten (nicht einfach der Arbeiter, wie leninistisch Kilian behauptet) steht, aus.“

„Wenn Genosse der Meinung sind, daß die illegale Arbeit in der Arme in der gegenwärtigen Epoche geringere Bedeutung habe, liegt darin eine große Gefahr.“

„Dieses Argument richtet doch nach „Militärstreik“ und anderen Lösungen dieser Art, wie Vorkampf des Krieges, und bedeutet eine vollkommene Verrennung der Aufgaben der Kommunisten in der Arme. Im Falle eines Krieges kann zu einer individuellen Dienstverweigerung oder einer Abspaltung gegen das Eintreten in ein freiwillig herbeigeführtes und allein dem Imperialisieren selbst, eine vollkommen lokale Arme zuzubringen. Außerdem übersteht man, wenn man die Arbeit in einer solchen Arme nicht für notwendig hält, ein weiteres wichtiges Moment: die Notwendigkeit der militärischen Schulung der revolutionären Arbeiter. Denn laut:

„Eine unterdrückte Klasse, die nicht danach strebt, die Waffen zu handhaben und Waffen zu besitzen, würde nur verbieten, daß man sie als Sklaven behandelt... Hebe dich im Waffenhandwerk... um der Ausbeutung, der Armut und den Kriegen... in der Erde zu weichen.“ (Lenin: Ueber die Waffnung in „Lenin über den Krieg“, Seite 77.)

„Es ist notwendig, sich mit Lenin auseinanderzusetzen, die die Länge und Verleumdung zu ihrer stärksten Waffe machen? Deshalb:

Entschließung der Leuna-Zelle gegen die Saboteure der Gewerkschafts- und Betriebszellenarbeit
In der Vollversammlung der Leuna-Zelle vom 28. August d. J. wurde folgende Entschließung einstimmig angenommen: „Die Vollversammlung der Leuna-Zelle vom 28. August d. J. hat nach eingehender Prüfung und Ausprägung über die zugewiesene politische Situation und das Verhalten der Opposition folgende Beschlüsse gefaßt: Das Verhalten der Opposition ist nicht zu ertragen. Es ist notwendig, die Opposition zu einer einheitlichen Linie mit ihrer weiteren Parteimitgliedschaft in der KPD. In unserem Bezirk sind es insbesondere die Genossen Kilian, Anne Schumann und Frieda Lehmann, die als Organisatoren einer zweiten Partei in der Partei sich außerhalb der Partei gestellt haben und zu Gegnern der KPD, geworden sind. Die Partei hat die Pflicht, diese Spaltung umgehend aus ihren Reihen auszuschließen, damit die Gesamteinheit endlich geschlossen den Abwehrkampf der Arbeiterklasse gegen den steigenden Terror der Kontraktanten organisieren kann. Diese Forderung hätte schon eine gewisse Bedeutung gewonnen, wenn die Opposition nicht gleichzeitig in der KPD die gewerkschaftliche Arbeit und besonders die Betriebszellenarbeit bekämpft und sabotiert hätte.“

weil es ihnen an dem notwendigen politischen Verständnis fehlt, weil ihnen jede marxistische Schulung abgeht, müssen sie zu solchen verwerflichen Maßnahmen gezwungen werden. Sie sind Gefährdungen, die die Partei ohne jede theoretische Grundlage, welche sich von der Massenstimmung trennen lassen oder politische Rückständigkeit der Massen zu hinterhältigen egoistischen Zwecken missbrauchen.“

„Genosse Schröder hat in der gemeinsamen Funktionärskonferenz am 23. August unter den Maßnahmen gegen die Opposition auch die Beteiligung der gegenwärtigen Zeitung am Kampf gegen die KPD, angeführt. ... Es handelt sich um die Genossen Anna Schumann und Frieda Lehmann.“

„Wo, die Genossin Frieda Lehmann wird vom Genossen Kilian mit einem übermäßigem Gabelstaplergemisch des KPD, gemacht, was sie nicht ist. Sollte hier nicht der Wunsch der Partei des Scheiterns sein? Aber es liegt System in dieser Methode. Es geht um den Kampf, es müssen ja stets „gehobene Funktionen“ sein, gegen die die Maßnahmen der Parteileitung richten. Die Dinge sieht dann unter den einfachen Arbeitern besser.“

Hände weg von der Partei!
Die Parteimitgliedschaft hat Gelegenheit, selbst zu prüfen, was es mit den Genossen Kilian, Schumann, Schröder und Frieda Lehmann, welche die Partei von der Einheit der Partei, politischen Überleben, Verleumdungen, Lüge, verbrecherische Sache führt aus diesem Material entgegen. Der Weg dieser „Opposition“ ist wirklich nicht schwer zu prognostizieren. Sie müssen zu den verächtlichen Feinden der Kommunisten der Partei und Internationalen werden. Sie werden damit über der Arbeiterklasse ihr „wahres Gesicht“ zeigen. Jeder Arbeiter, jedes Parteimitglied wird erkennen, daß ein Kampf gegen die Kommunisten der Partei den Deutschen Imperialisten hilft, die enge politische Situation in ihren Unzufriedenheiten gegen Sowjet-Ausland führt. Man, die Partei der Urabstimmungsgruppe — herunter die Massen! Die Partei Parteimitglieder werden Guter maeres Gesicht erkennen und sich von Euch abtrennen, beiseite von dem eilernen Willen, die Parteieinheit zu verteidigen.

„Wie es dem mit Euch um jeden ehrlichen Arbeiter zugeht, ist es leicht. Es sind keine politischen Extrema, welche man trennen! Tausch, es sind die Parteimitglieder, welche uns trennen. Ihr steht jenseits im Lager der Klassenfeinde. Ihr räumt die Parteimitgliedschaft nicht mehr.“

Leben von Euch irreführenden Arbeiter werden wir versuchen zurückzugewinnen.
Denen aber, welche die verbrecherische Sache fortsetzen, welche sich die Genossen der Partei zu verschaffen gegen jene werden wir schärfstens kämpfen. Die Partei der Revolution ist unter Leben; wir sind an die Vergeßlichkeit, greift um die Rechte. Es wandere sich also nicht, wenn wir keine Schonung kennen!

Stellenbahner gegen die Parteipalster
Desgleichen nahm die Betriebszelle des Stellenbahnersbestandes wertiges Schriftstück zur innerparteilichen Lage Stellung und nahm einstimmig folgende Resolution an: „Nach Stellungnahme und Überprüfung der jetzigen Situation und zur Lage der Gesamtarbeiterschaft hat die Betriebszelle des Stellenbahnersbestandes wertiges Schriftstück die Haltung und Maßnahme der Partei als richtig und erklärt sich mit der jetzigen Linie der Partei voll und ganz einverstanden.“

„Wir glauben, daß wenn nicht eingegriffen wird, diese Treibenerei zum Ruin der Partei führen. Wir halten die Politik und politische Linie des jetzigen 38. für richtig.“

„Anfang die Partei durch Fraktionsbildungen zu zerlegen, anstatt mit den Ausschlossenen sich an einen Tisch zu setzen und über die Parteipolitik zu beraten, schlagen wir der Parteileitung vor, alle ihre Kräfte auf den Ausbau der Gewerkschaftsorganisationen und Zellen zu legen.“

Nieder mit der Fraktionsmacherei!
Die Betriebszelle des 38. Halle nahm in ihrer Versammlung am 25. August Stellung zu der Tätigkeit der Opposition innerhalb der Partei und nahm folgende Entschließung einstimmig an: „Es bedarf auf die Spannarbeit und Tätigkeit der Partei eine gesunde, ehrliche Opposition, die sich nicht in egoistischen, persönlichen Interessen und in einer völligen Verleumdung der Parteipolitik bewegt.“

„Letzteres muß festgestellt werden von der sogenannten ultrafraktionellen Opposition, die ganz offen und unbedenklich spielt mit einer Spaltung der KPD. Die Mitglieder der Betriebszelle des 38. unterstützen diese Fraktionsmacherei, die sich nicht in egoistischen, persönlichen Interessen und in einer völligen Verleumdung der Parteipolitik bewegt.“

Stadt Halle

Wer ist schuld am Cröllwitzer Brückenunfall?

(Arbeiterkorrespondenz)

Am Dienstag früh gegen 1/2 10 Uhr sollte die alte Brücke eingezogen werden. Alles wartete gespannt auf dieses impulsive Schauspiel. Die Motore lümmten, die starken Seile spannten sich, und da, kaum sichtbar, bewegte sich die feststehende Jentner schwere Brücke. Aber schon gab es ein Krachen, eine Staubwolke wirbelte auf, das Seil ist gerissen! Die Seilen Ingenieure lassen sich verzagen, ein Schimmer der Besorgnis leuchtet ihnen auf, denn unter den Zuschauern glaubten die nicht daran, was geschehen sollte. Aber bald war das Seil gestrichelt, die Motore lümmten, die Seile spannten sich, um nochmals zu zerspringen und zwar in sämtlicher Höhe der Ingenieure, welche es vorzogen, sich nun aus dem Staube zu machen, denn sie fliegen auf die durch Ausschüttung freigelegte Mauer. Nochmals wird das Seil gestrichelt und ist raff angezogen, doch schon wieder gab es ein Krachen und Splittern. Das Gerüst, auf dem die Transportrollen ruhten, hatte sich am Cröllwitzer Ufer gelöst, aber ungeschicklich bellen wollte man die Brücke über die durch die Beschleunigung entstandene Seilung herüberziehen.

Der Gesandte des Schöffens, Dr. G. und Brückenarbeiter arbeiteten in den Gräben rechts und links von dem auf das höchste gespannten zentnerschweren Eisenblech, welche um die Brücke geschnitten und mit den Seilen verbunden waren. Obgleich die Seile schon zweimal gerissen waren und obwohl die Ingenieure, die die Gefahr erkennend, sich zurückgezogen hatten, wurden keinerlei Sicherheitsmaßnahmen getroffen. Es waren doch auch noch Profeten in Gefahr, und kaum hörte man wieder die Motore lümmen, als auch schon die Rette wie Wildhaden rief, mit einem unerschütterlichen Mut die sich nicht retten können Arbeiter nichtig und sie gehen die Mauer drüber. Mit geschlagener Nierenschale, spritzenden Knochen, blutüberströmt zog man die Opfer der Antreiberei aus den Gräben, und die Verantworlichen befehlen die Dreifigkeit zu sagen: „Die Leute sind selbst schuld, warum sind sie nicht herausgegangen?“

Augenzeuge R. M.

Ein unberufener Kontrolleur bei der Straßenbahn Fahrgäste, die mehr sein wollen

Eine interessante Verhandlung beschlößte Dienstag das hiesige Amtsgericht. Angeklagt war ein Straßenbahnfahrer, der einen Fahrgast sehr fähig über einige Gräben in der Halle mittelt. Die Verhandlung drehte sich um folgenden Sachverhalt:

Am 21. März befing ein hiesiger Kaufmann den Triebwagen der Linie 7 am Marktplatz. Dieser Fahrgast glaubte nun bemerkt zu haben, daß der besetzte Schaffner gegen einige weibliche Fahrgäste angrifflich und herausfordernd geworden sei. Aus diesem Grunde lagte er dem Schaffner beim Verlassen des Wagens am Marktplatz, ob er es denn mit seinen Schaffner heute besonders auf weibliche Fahrgäste abgesehen habe. Der Schaffner war über die Unterstellung um so mehr erstaunt, als ihm unbekannt war, gegen wen er sich unhöflich benommen habe. Zunächst erwiderte er die Gegenansage unabweislich, daß kein Fahrgast zum Schaffner in irgendeiner Weise hätte werden dürfen.

Der Schaffner behauptete nun dem Kaufmann, daß er sich doch auf die Direktoren der Straßenbahn werden solle, wenn er glaube, Grund zur Beschwerde zu haben. Diese laichliche Erwiderung genigte dem Kaufmann, recht ausfallend gegen den Schaffner zu sprechen. Unter anderem nannte er ihm einen Schandst und Ungehörigen. Der Schaffner ließ sich hierzu nur an den Kopf tippen, um damit auszudrücken, daß er an dem gelunden Verstand des Kaufmanns zweifelte, ließ dieser schließlich neben der Bahn her die Dame, die in demselben Wagen fuhr, sagte hierüber, daß das Verhalten des Kaufmanns gegenüber dem Schaffner im höchsten Maße ungebührlich und herausfordernd gewesen sei. In diesem Sinne habe sich auch andere Fahrgäste geäußert, die allerdings nicht den Mut wie die Dame aufbrachten, Partei für den Schaffner zu ergreifen. Die Dame meldete sich freiwillig als Zeugin, als sie den neben der Straßenbahn herlaufenden Kaufmann schimpfen und drohen hörte, daß er dem Schaffner aus Brot und Weizen bringen wolle.

Am Freitag angekommen, ging der Kaufmann zu einem dort lebenden Kontrolleur, zeigte ihm den Finger auf den angeklagten Schaffner und behauptete im Wesen überlegen, daß der Schaffner sich betrunken lie. Diese Verleumdung in aller Deutlichkeit und gegenüber einem Vorgesetzten brachte den Angeklagten so in Erregung,

daß er auf den Kaufmann losging und ihm ein paar kräftige Schläge versetzte.

Der Kaufmann beschwerte sich hierüber bei der Straßenbahn-Direktion, wo ihm angeordnet worden sein soll, daß der Angeklagte sofort aus dem Dienst entlassen werde. Eine solche Maßnahme wurde allerdings nicht als herausforderndes Verhalten des Fahrgastes erachtet, sondern als Verleumdung. Wenn schon wirklich einmal ein Schaffner einen Fahrgast beleidigt hat, so ist es Sache des betreffenden Fahrgastes, hiergegen entsprechend vorzugehen. Einem Dritten muß dieses Recht abgesprochen werden. Ganz und gar aber ist zu beurteilen, wenn sich ein Fahrgast bemüht, einen Parkenotator um Lohn und Arbeit zu bringen. Diese Tendenz zeigte Rechtsanwalt Dr. F. a. e. n. e. m. i. e., der den Angeklagten verteidigte, treffend auf, und wies darauf hin, daß der Angeklagte auch noch früher nachträglich entlassen würde, wenn das Gericht zu seiner Beurteilung käme.

Wahrscheinlich sah der als Zeuge erschienene Kaufmann nunmehr auch selbst ein, daß nur durch seine übermäßige „Mitteltätigkeit“ der ganze Vorfall verurteilt wurde. Er zog seinen Strafentwurf zurück, worauf das Verbot eingestellt wurde.

Ausschüttung der Allgemeinen Ortskrankenkasse

Gestern fand im „Vollspart“ eine außerordentliche Ausschüttung der Allgemeinen Ortskrankenkasse in Halle a. S. statt. Die Sitzung wurde notwendig, um die Zahlung und Verabreichung der neuen gesetzlichen Bestimmungen in Ueberberechnung zu bringen. Darnach wird nunmehr die Jahresverteilung der Beiträge für die Krankenkasse für die Angehörten und Mitglieder für die Versicherungsberechtigten auf 3600 RM. erhöht. Außerdem ist die Grundlohn-Einkommeneinteilung neu aufgestellt worden. Der Höchstgrundlohn beträgt 10 RM. Am dem bisherigen Beitragsberechnungsverhältnis über sich nichts, weil nach wie vor die Beiträge für die in gewerblichen und kaufmännischen Berufen sowie in Betrieben und Betrieben beschäftigten Beschäftigten vom wirklichen Arbeitsverdienst berechnet werden, allerdings mit der Maßgabe, daß von 1. Oktober an insoweit eine Begrenzung eintritt, als von dem 70 RM. übersteigenden Betrag des Wochenlohns Beiträge nicht mehr abgezogen zu dürfen sind. Durch diese Einkommeneinteilung wird gleichzeitig das Höchstentgelt auf den Betrag von 6 RM. für den Krankheitsstag festgelegt.

Durch den Sachungsantrag werden ferner die gesetzlichen Bestimmungen in der Satzung verändert, nach denen zu den Wahlen Wahlberechtigte oder von Arbeitnehmern sowie auch die Angehörten solcher Vereinigungen berechtigt sind, Vorzugsstellen einzunehmen. Außerdem können von Vertriebenen Vorzugsstellen eingetragene werden, die mindestens 50 Wahlberechtigte zu unterschreiben haben.

Eine betrügerische Patriotin

Wie nationale Kreise gegen ihre verarmten Anhänger vorgehen

Vor dem erweiterten Schöffengericht hatte sich am Dienstag eine Krankenpflegerin zu verurteilen. Angeklagt war ein 53 Jahre alter Französin Elisabeth G. r. i. s. i. e., der zahlreiche Schwindeltaten zur Last gelegt wurden.

Zu ihrer Verurteilung gab sie an, daß sie als Tochter eines Kreis-Vollziehungsbeamten die höhere Mädchenschule besucht, später eine Stellung bei der „Varna-Verkehrs-Gesellschaft“ bekleidet habe und noch später in der Krankenpflege ausgebildet worden sei. Ihr Vater sei während des Krieges 1908 und 1911 ein „Proletar“ gewesen. Unter anderen habe er auch eine französische Fahne erobert. Hierfür sei er vom alten Kaiser belohnt und später habe der Kaiser auch einen Kranz auf dem Grabe ihres Vaters niedergelegt. Alles was sie befehlen habe, sei ihr durch die Revolution gekommen.

Bislang mittellos reiste sie nun durch die nähere und weitere Umgebung von Halle und ludte vornehmende obdige Herrschaften auf, denen sie ähnliche plumpe Geschichten erzählte, um sie dadurch zur Spende von kleinen Darlehen zu bewegen. Niemals aber lagte sie, daß sie völlig mittellos sei. Immer tat sie so, als habe sie die befehlen



Beziehungen zu den vornehmen Kreisen und als sei ihre Kostlage nur eine vorübergehende. Meistens gab sie an, die Fahrkarte nach ihrer Heimatstadt Halle oder Magdeburg verloren zu haben und bei ihr das Fahrgeld aus der Kasse des jeweiligen patriotischen oder evangelischen Frauenvereins vorzutreiben. Meistens wurden ihr auch kleinere Beträge ausbezahlt, obwohl die meisten der Angeklagten kein Zutreten zu der Angeklagten hatten. Einige von den 103 Zeugen behaupteten, der Angeklagten nur darum Geld gegeben zu haben, um sie überhaupt loszumachen.

Alle Geschädigten gehören den feudalen Kreisen an.

Als Zeugen markierten unter anderen auf: ein Konrad Schlegel mit Frau aus Dresden, Fritz Krappenhof aus Magdeburg, Direktor Röbber aus Berlin, Gräfin von Faber, ein Fräulein von Sperling aus Naumburg, Frau von Gerber aus Sondershausen, Frau Eleonora aus Halle, Frau von Treutius aus Magdeburg, bei Nordhausen und das Dienstmädchen eines

Für die Arbeitgeber gibt die gleiche Berechtigung, sofern die Wahlvorschlüge von den Vertretern von mindestens 25 Stimmen untergezeichnet sind.

Die vorgeschlagenen Änderungen wurden vom Ausschuss einstimmig mit 3 angenommen. Einigte Anwesende aus den Reihen der Arbeitgeber verließen der Versammlung.

Der Ausschuss beschloß ferner einen Betrag von 150.000 RM. zur Errichtung eines Neubaus anstelle des niederzuziehenden häuslichen Saalgebäudes im Rathenbühlviertel in der Nähe des Marktplatzes. In diesem Anbau soll ein diaognostisches Institut untergebracht werden, außerdem beschloß man Räume für die Erweiterung des Jahrgangszugangs Instituts bereitzustellen.

Am Schluß der Tagung wählte der Ausschuss die Genossen Hermann Förster und Fritz Schröder zu seinen Vertretern, die schrittweise beim Herrn oder bei der Veräußerung oder Belastung von Grundstücken durch den Vorstand mitzurufen haben.

Weiterführung der Hausentwässerung

Wie uns das Tiefbauamt mitteilt, hat in den Monaten Juli und August 1927 wieder eine Anzahl von Grundstücksbesitzern durch Umbau der Hausentwässerung die unmittelbare Abflussumgebung der menschlichen Abgänge nach dem Straßenrand durchzuführen lassen, und zwar: 57 Grundstücke mit Trockenabtritt und 96 Grundstücke mit dreiteiliger Vorflutgrube. Außerdem ist diese Einrichtung bei 52 Neubauten ausgeführt worden.

Im Interesse der öffentlichen Gesundheit und mit Rücksicht auf die Verpflanzung des Grundbesitzes mit dreiteiliger Vorflutgrube bis zum 31. Dezember 1927 und Grundstücke mit Trockenabtritt bis zum 1. März 1930 an die Schwemmanifikation angeschlossen sein müssen, müßte eine bedeutend größere Anzahl von Entwässerungsarbeiten zur Ausführung kommen.

Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die Anschließfrist nicht verlängert werden kann. Die Grundstücksbesitzer werden erneut aufgefordert, die unmittelbare Abflussumgebung der menschlichen Abgänge in ihren Grundstücken umgehend einzurichten.

„Auf Tiergarten in Weilmünster“

Wie beschloß man die Tiere für die Zoologischen Gärten? So fragt sich wohl mancher, der an den Käffen steht und die mannigfachen Tiergattungen betrachtet. Die hiesige Kulturfilm-Gemeinde „Urania“ hat mit der Vorrichtung des Films „Auf Tiergarten in Weilmünster“ eine ausführliche Antwort auf diese Frage gegeben. Direktor Fiedler der Berliner Zoologischen Gärten hat eine lehrreiche Reise nach Weilmünster gemacht und seine Ergebnisse filmen lassen. Und das ist ein wirklich art Kulturfilm geworden, dem auch die lustigen Seiten nicht fehlen. Am Montag

Am kommenden Sonntag, dem 11. September, vormittags 10 Uhr, im „Vollspart“

Stadtlehrer-Konferenz

der AFD, Stadtorganisation Halle. Zur Tagesordnung stehen folgende Punkte:

1. Zur politischen Situation. Ref.: Genosse J. Schröder.
2. Organisationsfragen. Referent: Genosse B. Koenen.
3. Wahlen.

Die Bezirksleitung erwartet von der genannten Mitgliedschaft Reg. Anteilnahme an dieser Konferenz, die ja speziell zur Vorbereitung der Bezirksparteiung veranstaltet wird. Bezirksleitung AFD, Beigel Halle-Merseburg.

Admirals von Bodenhausen aus Lichterfelde bei Berlin und nicht zu vergessen der hiesige Stadtrat und Stahlhändler Hanshändler Hoffmann vom Reichsplatz. Gelesen, aber nicht verlesen, waren die Zeugen Fräulein von der Glantz, Freiherrin Admiral a. d. v. Bodenhausen und ein Fräulein von Feldorf.

Warum rufen wir diese Herrschaften alle namentlich auf? — Bei der Angeklagten handelt es sich ganz zweifellos um eine arme Waise, die der Patriotenklub zu empfangen worden ist, daß sie nur in nationalen Kreisen leben kann. Aber von nationalen Kreisen geachtet oder gebildet werden will, muß recht viel Geld haben oder sehr fleißig zum Wohle der nationalen Waise arbeiten können. Das kann die Angeklagte nicht. Sie ist eine inaktive alte Jungfrau, hat eine allzu lockere Zunge und ein wenig pompöses Aussehen. Ein solches Geschöpf aber findet in den nationalen Kreisen keinen Platz und wenn auch das frankose Stroh so reaktionär fällt und denkt. So geht es der Angeklagten. Beziehungen zur proletarischen Klasse hat sie nicht und will sie ebenfalls nicht haben. Sie fühlt sich auf das tiefste getränkt, wenn es nicht mehr, daß sie mittellos und als ihrer nationalen Gesinnung nicht gewiß unermesslich sei. Das angeklagte Fräulein hätte lieber einen Schlaganfall bekommen, wenn ihr gelangt worden wäre, daß sie auf Grund ihrer völligen Armut — sie hat nicht einmal ein eigenes Bett — zum Proletariat gehört. Als Frau, welche verheiratet wurde, mußte sie nun auch von der Klasse, die sie ganz zweifellos mit ihrer neuen Ideologie, wenn auch wenig verteilbar, vertrat, verlassen. Niemand hatte sie, der sich um sie kümmerte.

In die gräflichen Türen, an denen sie postete, zeigte sich mürrische Gesichter

und jeder gab ihr wenige Mark, nur um sie los zu sein. Hinterher aber jeder jeder gräflichen „Geber“ über die Patrioten, auf die man nun den Staatsanwalt bezieht, der mehr Mühe mit der Angeklagten zu haben läßt, wie alle die „vornehmen“ adligen Zeugen, die fast durchwegs Verhältnisse irgendwelcher vaterländischer oder evangelischer Frauenvereine waren.

Die Angeklagte verteidigte sich mit einer geradezu hemdenwertigen und konturlos halbesaugenen Jungensartigkeit. Fast alle einzelnen Betragsfälle streitet sie mit Entschiedenheit ab und will sogar ihr Alibi nachweisen, obwohl schließlich, daß sie alle die ausgegebenen kleinen Volksumdeutungen besitzt hat und über noch ebensolche andere, von denen niemand etwas weiß. Sicher war es falsche Scham, von der sie auf dieser nutzlosen Verteidigung getrieben wurde.

Während der Beratung des Gerichts hat die Angeklagte besonders die Presse, nichts über die Verhandlung zu veröffentlichen. Wir haben natürlich gar keine Verhandlung, diesen Wünschen nachzukommen. Die Richter des Verfahrens, die durch die Angeklagte sich überlassen, so geschieht es darum, um unehren Verten zu zeigen, daß vornehmes Denken und Handeln ganz selten bei den sogenannten gebildeten Kreisen zu finden ist, sonst hätte man diese arme Säuberin nicht dem Gefängnis überliefert.

Das Gericht verurteilte die Angeklagte wegen verachteten Betrugs in einem Falle und wegen schändlichen Betrugs in den nationalen Kreisen der Gefängnisstrafe von sechs Wochen, wozu die erlittene Untersuchungshaft abgerechnet werden soll. In einigen Fällen erfolgte Freisprechung. Wieder einige Fälle wurden um die erlöschenden Wünsche der Angeklagten abgeändert und sollen weiter verhandelt werden. Die Richter des Verfahrens, die durch den unehrenhaften und weit herbeigeholten Zeugenapparat sehr hoch sein werden, trägt die Beurteilung, so weit nicht freigesprochen erfolgte. Von ihr ist aber nichts zu holen. Ergo ist wie immer der große stillschweigende Zähler die große Masse der Steuerpflichtigen.

Leif er im hiesigen „Thalparade“, der Besuch war nicht gerade schlecht zu nennen, aber gut auch nicht, da Calerie und Vorderbein fast ganz leer waren. („Metropolis“, das nichts mit Kultur, sondern nur mit Aufmachung zu tun hat, zieht ein Atomskulptum natürlich immer an.)

Es ist geradezu erstaunlich, mit welcher Geschicklichkeit besonders die Tieraufnahmen in diesem Film gemacht wurden, manchmal an nicht ungeschicklichen Stellen, manchmal da, wo ihr unsere Beobachtung die Tiere unmerklich hätten Reiz ausnehmen müssen. Da wird zum Beispiel eine D. y. a. n. e. geladen, dann werden K. r. o. s. d. i. l. e. gefilmt, wie sie gerade ein Pferd in die Tiefe des Kralles reifen — der Reiter stromt mit knapper Haut. Dann sehen wir die Jagd nach dem harmlosen aber seinem Namen alle Erde machenden Erdbecker, dann werden Gefährungen und Eidechsen gefangen und zuletzt die Affen, die ganz fröhlich überfließt werden müssen, ob sie ihre „Gart“ einigen Stück von den Grundlosen Weilmünster bekommen mit Kunde. Das ein deutscher Baumstiel dem Kaiser Menell, dem Verstorbenen, ein Mausoleum baut, nach ganz alten technischen Methoden, aber mit neuem und dafür festigem Stahl, das gehört mehr ins Kapitel Antikur. Darnach sehen wir, wie die Halle das Gerüst haben der Entwässerung gezeigt wird, und aus den Stichproben sieht man schon, daß auch sie ausgebeutet werden, Helle werden verachtet, wobei Roben und Geier buschmäßig helfen. Kaffee wird gewonnen und fortgesetzt, was Frauen in hiesigen Räumen hängen müssen: aber auf dem Markt in D. i. l. e. gefilmt mehrmals hindurch, noch die alten Zerstörer, die aus dem neugebauten Gebäude, deren Stütz- und Dampfmittelwert in Europa sicherlich ganz anderen Schätzungen unterliegt wie dort unten.

Ein Film wie dieser müßte durch alle Schulen werden, besonders durch die Volksschulen; aber dort hat man so kein Geld dafür. Man wendet lieber alles für die Religionsstunden auf.

Hallische Tageschronik

Selbstmordversuch oder Unglück? Am 7. September gegen 5.15 Uhr wurde in seiner Wohnung in der Robert-Franck-Straße ein 22jähriger Mann von seinen Eltern in bewußtlosem Zustande aufgefunden. Im Zimmer war ein Gasofen geöffnet. Der Bewußtlose Ob Anästhetikum oder Selbstmordversuch vorliegt, konnte bisher nicht festgestellt werden.

Einziehung einer Schuppe. Nachdem die vom Kapital beantragte Einziehung des noch der Friedrichestraße zu belegenden Teiles der zwischen den Grundstücken Seebener Straße 190 und 191 nach dem Schillingenberg führenden Schuppe bekanntgemacht worden ist und Einsprüche nicht erhoben worden sind, wird der bezeichnete Schuppenstreifen nunmehr eingezogen.

Wenn die Steuerung verlagert. Am 6. September gegen 11.45 Uhr fuhr in der Straße Weidenplan ein Lieferkraftwagen angedeckt insolge Verlegens der Steuerung gegen eine Gasleitung, welche in der Mitte abgebrochen wurde. Personen kamen nicht zu Schaden.

Internationales Band der Opfer des Krieges und der Arbeit! Unsere hiesige Mitglieder-Versammlung findet am Sonntag, dem 10. September, abends 8 Uhr, in Leitz Hof, Meißnerstraße, statt. In Anbetracht der Wichtigkeit der Tagesordnung müssen alle Mitglieder erscheinen. Referent ist anwesend.

Allen Quartiergebern

anläßlich des 13. Internationalen Jugendtages und auch allen denen, welche gewillt waren, auswärtige Genossen aufzunehmen, sprechen wir für ihre Bereitwilligkeit und Opfermütigkeit unseren Dank aus. Kommunizierter Jugendverband, Ortsgruppe Halle.

Merseburg-Leuna-Querfurt

Friedrich Schimpf

Nüchtern und unerwartet verließ unser Genosse und K.A.M. Kamerad Friedrich Schimpf, der stets seine Pflicht als proletarischer Klassenkämpfer erfüllte. Wir erwarten ihm morgen die letzte Erde. Die Beerdigung für 2.40 Uhr auf dem Stadtfriedhof angeht. Dort wollen sich alle Kameraden einfinden.

Auch in Mücheln überfallen schwarzweilrote Mordbanditen wehrlose Arbeiter

Am vergangenen Sonntag hielt der Kriegerverein Mücheln ein großes Sauf- und Radaufließ in Mücheln ab, das von jungen Herren belolzen zum Freilen und Saufen ausgenutzt wurde. Besonders einig Schmarotzer der Elite 2, millige Klaven des ehemaligen Reichsluftwaffenregimentes hatten sich herbeigekommen. In ziemlich bedenklichem Zustande wurde abends gegen 8 Uhr von vorläufigen Gestalten der zum Freiherren ausersehen Schützenklub eingeladen. Unter frischblühenden Kriegsmärchen und „Deutschland, Deutschland, daß den Dalles“ zog die kriegerische Schar ins Ledigenheim der Anhalter Kohlenwerke.

Als man wieder abog, riefen die Krieger den vereinzelt zu sehenden Bewohnern des Ledigenheims „Ihr roten Sunde“ zu, worauf die Antwort „Rot-Front“ erfolgte. Da fürzte sich der ganze Kriegerverein wie eine wilde Horde auf einen Arbeiter und schlugen so lange auf diesen los, bis er liegen blieb. Auch andere Kollegen, die zur Hilfeleistung dem Gefolgtenen beistehen wollten, wurden mit Knütteln, Instrumenten und Trommelstücken blutig geschlagen. Ein charakteristisches Zeichen ist für die verlorenen Mordbanditen folgende Zusammenfassung: Als ihnen der Wirtener Schindler sagte, „Den Mann hier, wie ungeschuldig gefangen“, erwiderten sie darauf: „Guten Sie ihn hier, wie begehren Sie ein Glas Bier!“ Ingesamt sollen fünf Arbeiter verletzt worden sein. Es stimmte sich niemand um den vollständig mit Blut überlitterten Arbeiter. Erst auf Veranlassung des Betriebsleiters Sandowitz wurde der Schwerverletzte in ein Zimmer gebracht und nach dem Arzte gerufen.

Die Arbeiterschaft von Mücheln wird sich diese Provokation der schwarzweilroten Sauf- und Radaufließer nicht gefallen lassen und zur gelegenen Zeit die angebrachte Luftung erteilen. Die Bewohner des Ledigenheims haben am Montag sofort ihre Kompositionen gegen den weiteren 20 Arbeiter haben den „Klassenkampf“ befehlt. Nur so weiter, Ihr Krieger- und Knappenvereine, dann wird die Arbeiterschaft bald erwachen.

Schwebender Drehscheibenmänner

Nach links eine schöne Geite, aber nach rechts eine tiefe Verbengung! Es geht doch wirklich nichts über eine schöne Gelentigkeit, wie man sie so recht gut bei der Wetterjahre sieht. Aber in politischer Hinsicht sollte man doch von den sogenannten „Arbeiter“vertretern etwas mehr Konsequenz und politisches Rückgrat verlangen können. Solche Sprünge, wie sie am 15. August in der letzten Schwebender Stadtratsordnungsung von prominenten SPD-Vertretern ausgeführt wurden, erinnern sehr lebhaft an die Partei, „Drehscheibe“ selbigen Angedenkens!

„Hört und lauscht, Ihr SPD-Kollegen, und dann urteilt einmal selbst!“ Die Bürgerlichen hatten also einen Antrag gestellt, aus Veranlassung 20 000 Gmünden zu bewilligen, um damit die Gewerbesteuer zu senken. Dieser Antrag wurde von den SPD- und anderen Vertretern heftig bekämpft, weil er eine himmelstürzende Angelegenheit bedeutete, was von den SPD-Vertretern auch klar und deutlich ausgesprochen wurde. Damit war dieser Antrag endgültig unter den Tisch gefallen.

Das war die schöne Geite nach links!

Nun aber kommt das Gegenstück. In derselben Stadtratsordnungsversammlung war ein Punkt 5 betr. Erlass einer Biersteuer für die Stadtgemeinde. Hier leiteten die kommunistischen Vertreter an und bekämpften diese Vorlage, weil sie eine vollkommene offene Bekämpfung der breiten Masse darstellte. Und die SPD-Vertreter? Sie traten zurück und beifolgende diese Vorlage, damit die dadurch herausgehobten 18 000 Mk. — nicht etwa den Sozialisten und Erwerbslosen zugute kommen —, sondern, um damit die Gewerbesteuer zu senken! Was man erst als ungerecht ablehnt, das beifolgt und beschließt man dann eine Stunde später, auf Kosten der breiten Masse.

Das war die tiefe Verbengung nach rechts

und nur ein krasses Beispiel sozialdemokratischer Kommunalpolitik. Auf die hässlichsten Bemerkungen des SPD-Vertreter, daß ein Arbeiter ja sein Bier zu trinken brauche und, wie sie aus den Reihen der SPD, fügen, einzuheben, erwidert sich, weil sich solche Reden von „Arbeiter“vertretern selbst richten. Aber es muß darauf hingewiesen werden, daß man die Genugtuung der Bourgeoisie freilich, wie die SPD, nicht will, daß aber auf der anderen Seite das Genugtuung der Arbeiter, die wir treiben? Will man die Proleten dem Schnapstempel in die Arme treiben? SPD-Arbeiter! Urteile selbst über die Wert der Politik Deiner Parteiherren und siehe nun endlich Deine Lehren daraus. Stelle Leute aus der Front in Deine Reihen! — und das Protestrecht wird sich selbst einig sein. Schwäche die Einheit des Arbeitervolkes, eh es zu spät ist!

Flugtag und Ehrenauschub in Lützen

Wenn von bürgerlicher Seite eine Veranstaltung getroffen wird, so besteht bei immer das Bedürfnis, eine große Rolle zu spielen. Bei diesen Veranstaltungen werden deshalb immer die bekannten Ehrenauschübe gebildet. Am letzten Sonnabend hatte nun auch unser Städtchen seinen Flugtag. Auch in unserem Städtchen gibt es solche Leute, die bei allen möglichen und unmöglichen Veranstaltungen die erste Geige spielen wollen. Darum auch hier „Ehrenauschub“. Der hiesige Ausschub zum Flugtag hat es sogar fertiggebracht, Urkunden zu fälschen. Und zwar hatte man dem Ehrenauschub den Namen unseres Genossen Winter „zugegeben“, ohne denselben davon in Kenntnis zu setzen. Man wollte natürlich mit dieser Namensfälschung einen Zweck erreichen. Die Eintrittspreise be-

An alle Ortsgruppen des Roten Frauen- und Mädchen-Bundes!

Wir haben im Bundesrat genaue Anweisungen gegeben über den Verlauf des Gauaufstiegs am Sonnabend, dem 10. September, in Halle und Sonntag, dem 11. September, in Merseburg. Die Anweisungen sind zwar etwas feil ist an die Ortsgruppen gelangt auf Grund der veränderten politischen Situation wegen des Verbots durch Grüner, trotzdem soll es recht eine jede Genossin am Sonnabend in Halle erscheinen und am Begrüßungsabend teilnehmen.

Heraus zum Gauaufstiege des Roten Frauen- und Mädchen-Bundes!

lungen nämlich 1 und 2 K.M. Allen Anschein nach sagt man sich, wenn ein Arbeitervertreter als Stabrat seinen Namen bergibt, trittspretiere mehr. Um nun diesen Schwindel an die Öffentlichkeit zu bringen, hat unser Genosse Winter noch am Sonnabend in der hiesigen Lokalpresse eine Erklärung gedruckt. Er wird dem hiesigen Zeitschreiber die Rechnung präsentieren.

Auch sonst ist man dem „Ehrenauschub“ gegenüber sehr nobel und hat sich immer noch nicht über die Art der Ehrenauschub am Sonnabend eine „Ehrenplatzkarte“ zu Er hat natürlich keinen Gebrauch davon gemacht, so daß die Karte heute noch dem betreffenden Ausschub zur Verfügung steht. In dem Vorfall kann die hiesige Dumme zu fangen, daß dies sonst mit der Arbeiterschaft nichts gemein haben wollen, hat sich in letzter Zeit recht gut gezeigt.

In der Stadt und auf dem Land



geht der „Klassenkampf“ von hand zu hand — Genossen, ständig steigt unsere Abonnentenzahl — werbt weiter, immer weiter ...

Landrat Müller deckt den Polizeiterror

Er verhindert Verteilung einer kommunistischen Protesterklärung auf dem Kreistag des Saalkreises Annahme eines kommunistischen Antrages auf Winterbeihilfe — Die Biersteuer wird abgelehnt

Die geführte Kreisratssitzung des Saalkreises wies sich verächtlich lächelnd ab. Der Landrat Müller verlor sich wieder einmal in ausgedehnten, zu langweiligen und ausdauernden, allerdings nur so lange, wie von unleserlichen die Kreisratssitzung angeordnet wurde. Als nämlich am Schluß der Tagung Genosse Seitz eine für die kommunistische Fraktion eine Erklärung gegen Grüner's Verbot, gegen das Reichsausschubgesetz und gegen die nationale Polizei am Montag im hiesigen Stadtparlament einbringen sollte, wurde dieser Antrag von dem Landrat Müller durch seine Erklärung nicht dulde, weil sie sich mit Polizeigesetzen befaße, die der Kreis nicht angehen. Als diesbezügliche Sache, wie sie der Deutschen nationalen Polizei am Montag im hiesigen Stadtparlament einbringen sollte, wurde dieser Antrag von dem Landrat Müller durch seine Erklärung nicht dulde, weil sie sich mit Polizeigesetzen befaße, die der Kreis nicht angehen. Als diesbezügliche Sache, wie sie der Deutschen nationalen Polizei am Montag im hiesigen Stadtparlament einbringen sollte, wurde dieser Antrag von dem Landrat Müller durch seine Erklärung nicht dulde, weil sie sich mit Polizeigesetzen befaße, die der Kreis nicht angehen.

Die kommunistische Kreisratssitzung des Saalkreises erhebt härtesten Protest gegen das Verbot des sozialdemokratischen Regierungspolitikers Grüner, wonach den linksgerichteten Organisationen auf drei Monate, vom 23. August 1927 bis 23. November 1927 verboten ist, Kundgebungen und Demonstrationen unter freiem Himmel zu veranstalten. Diese Maßnahmen sind ebenfalls ein Schritt in der Kette der Unterdrückung der kapitalistischen Bürgerlast. Regierung gegen die aktiv werdende Arbeiterschaft, die sich zu wehren versucht, gegen immer weitere wirtschaftliche und kulturelle Verkünderung.

Die kommunistische Kreisratssitzung des Saalkreises fordert im Namen aller Werktätigen die sofortige Aufhebung des Grüner'schen Verbotes. Das Schulverfassungsgesetz darf nicht durchkommen! Die kommunistische Kreisratssitzung des Saalkreises protestiert weiter gegen den Reichsausschubgesetz vom 22. Juli 1927. Durch diesen Entwurf wird die Arbeiterschaft mit der Verfassung in nicht leistungsfähige Zwangsschulen bedroht. Die nach dem Entwurf gültige Norm gilt als Mindesthöhe der Schulorganisation, was am 1. Januar 1927 rechtlich zulässig war. Der Deutsche Sozialist hat in seinem Rundschreiben vom 22. Juli 1927 festgestellt, daß am 1. Januar 1927 in den preussischen Gemeinden ebenso wie in Sachsen, Bayern und die einstufige ungeteilte Volksschule „rechtlich“ zulässig ist. Diese Verfassung würde eine ungeheure finanzielle Belastung der Gemeinden infolge Mehrbedarf an Lehrkräften, Schulräumen, Lehr- und Vermitteln mit sich bringen, die auf hunderte von Millionen Mark im Reichsausschub zu veranschlagen ist. Diese Belastung dient nicht der Bildung der Volksschule, sondern der Auslieferung der ungeborenen Mehrzahl aller Schulen unter die Kontrolle und Aufsicht der Kirche. Dieses Gesetz zeigt auf Schritt und Tritt den Einfluß der Schulbestimmungen des bürgerlichen Konvents, das das bürgerliche Schulwesen völlig der Kirche ausgeliefert hat.

Die Unmöglichkeit auf dem Boden des Artikels 146, 2 und 149 der Reichsverfassung, die Einheit und Freiheit der Volksschule zu wahren, stellt sich nunmehr deutlich heraus. Deshalb fordert die kommunistische Kreisratssitzung des Saalkreises, daß

- a) von der Reichsregierung durch die jeweilige Landesregierung die Aufhebung dieses für die Gemeinden untragbaren Gesetzes verlangt wird,
- b) daß von Reichsregierung das bürgerliche Konvent annulliert wird, weil es die Reichsausschubgesetzgebung in unerträglicher Weise bindet und

Die Stadt hat beschlossen, einen Sportplatz zu errichten. Der Magistrat war beauftragt, mit den am Orte bestehenden Sportvereinen die Vorarbeiten zu erledigen. Vor kurzem fand nun die erste Sitzung statt. In dieser Sitzung waren natürlich die bürgerlichen Sportvereine eingeladen, nur die Arbeiter-Sportvereine hatte man „vergessen“ einzuladen. Erst durch unser Vorgehen ließ sich dann der betreffende Delegationen, Vertreter von dem Arbeiter-Turnverein hinzuzuziehen. Hier sieht man wieder, wie die bürgerlichen Vereine bevorzugt werden. Es ist daher eine Schande, wenn sich immer noch Arbeiter- und Arbeiterinnen in solchen Vereinen aufhalten. Jeder überlegte Arbeiter muß die bürgerlichen Sportvereine meiden.

Merseburg. Theaterverein. Als Aufführung für den Monat September 1927, und zwar am Montag, dem 12. September, und Mittwoch, dem 14. September, bringen wir durch das bekannte Mitteldeutsche Landesbühnen-Theater die Tragödie von Friedrich Heibel „Gogge und sein Ring“. Der Kartenverkauf für die Gruppen I, II und III beginnt am Donnerstag, dem 8. September, für die Gruppen IV, V und VI am Freitag, 9. September, in der Geschäftsstelle des „Merseburger Korrespondenz“. Kleine Ritterstraße. Wegen der Schüleraufführung erfolgt in der morgigen Zeitung näheres.

Rößchen-Brunn. Unterhaltungsabend der roten Front. Am Sonnabend, dem 10. September, abends 7 1/2 Uhr veranstaltet die Ortsgruppe des R.F.K. Rößchen-Brunn ein volles „Kuntenburg“ in Merseburg einen Unterhaltungsabend. Da der gelamte Reinertrag an die „Rote Hilfe“ abgeführt wird, wird die Arbeiterschaft von Merseburg und Umgebung erludt, diese Veranstaltung zu unterstützen.

Schafstall. Wer hat denn den Braten vom Herde gekauft? Vor einigen Tagen bereitete in einer hiesigen Kulturwirtschaft die Wirtin eine Kalbsleber für ihre Gäste vor. Während der Braten auf dem Herde schmorte, mußte die Wirtin aus der Küche, um Gäste zu bedienen. Einen günstigen Augenblick benutzte jemand, der Appetit hatte, den Braten aus der Pfanne zu hehlen und damit unbemerkt zu verschwinden. Dem Betreffenden ist wahrscheinlich das Wasser im Mund zusammengekommen, als er an der Küche vorbeikam, und daher der Name Bratstrolch.

Dornhof. Eine Schweinefahrt. Kam heute auch ein Kalkutta und faule Schweine ein. Die beiden Waghäupter der Herde gingen ins Dorf und ließen das Auto auf der bergigen Dorfstraße stehen. Was geschah? Waren die guten Tiere so unruhig geworden oder verlagte die Bremse? Langsam und unbemerkt legte sich das Auto in Bewegung, fuhr den Berg hinauf, machte noch einen halben Weg, fuhr fest und fuhr den Berg hinunter in immer schneller werdender Geschwindigkeit und trat schließlich in einen Häuserwinkel, daß ein Ackermann des Landwirts Alfred Ertz vollkommend zertrümmert und ein zweiter im Vorderteil geprellt wurde. Nur diesem Unfall ist es zu verdanken, daß die Schweine nicht noch durch die nun kommende Schwarm in ein Schlafzimmer fuhren. Die Tiere fanden sich nach Wollast und auch das stark gebaute Auto hat nur an Laternen und Schutzblechen Beschädigungen davongetragen.

Die kommunistische Kreisratssitzung des Saalkreises erhebt härtesten Protest gegen das Verbot des sozialdemokratischen Regierungspolitikers Grüner, wonach den linksgerichteten Organisationen auf drei Monate, vom 23. August 1927 bis 23. November 1927 verboten ist, Kundgebungen und Demonstrationen unter freiem Himmel zu veranstalten. Diese Maßnahmen sind ebenfalls ein Schritt in der Kette der Unterdrückung der kapitalistischen Bürgerlast. Regierung gegen die aktiv werdende Arbeiterschaft, die sich zu wehren versucht, gegen immer weitere wirtschaftliche und kulturelle Verkünderung.

Die kommunistische Kreisratssitzung des Saalkreises fordert im Namen aller Werktätigen die sofortige Aufhebung des Grüner'schen Verbotes. Das Schulverfassungsgesetz darf nicht durchkommen! Die kommunistische Kreisratssitzung des Saalkreises protestiert weiter gegen den Reichsausschubgesetz vom 22. Juli 1927. Durch diesen Entwurf wird die Arbeiterschaft mit der Verfassung in nicht leistungsfähige Zwangsschulen bedroht. Die nach dem Entwurf gültige Norm gilt als Mindesthöhe der Schulorganisation, was am 1. Januar 1927 rechtlich zulässig war. Der Deutsche Sozialist hat in seinem Rundschreiben vom 22. Juli 1927 festgestellt, daß am 1. Januar 1927 in den preussischen Gemeinden ebenso wie in Sachsen, Bayern und die einstufige ungeteilte Volksschule „rechtlich“ zulässig ist. Diese Verfassung würde eine ungeheure finanzielle Belastung der Gemeinden infolge Mehrbedarf an Lehrkräften, Schulräumen, Lehr- und Vermitteln mit sich bringen, die auf hunderte von Millionen Mark im Reichsausschub zu veranschlagen ist. Diese Belastung dient nicht der Bildung der Volksschule, sondern der Auslieferung der ungeborenen Mehrzahl aller Schulen unter die Kontrolle und Aufsicht der Kirche. Dieses Gesetz zeigt auf Schritt und Tritt den Einfluß der Schulbestimmungen des bürgerlichen Konvents, das das bürgerliche Schulwesen völlig der Kirche ausgeliefert hat.

Die Unmöglichkeit auf dem Boden des Artikels 146, 2 und 149 der Reichsverfassung, die Einheit und Freiheit der Volksschule zu wahren, stellt sich nunmehr deutlich heraus. Deshalb fordert die kommunistische Kreisratssitzung des Saalkreises, daß

- a) von der Reichsregierung durch die jeweilige Landesregierung die Aufhebung dieses für die Gemeinden untragbaren Gesetzes verlangt wird,
- b) daß von Reichsregierung das bürgerliche Konvent annulliert wird, weil es die Reichsausschubgesetzgebung in unerträglicher Weise bindet und

Die kommunistische Kreisratssitzung des Saalkreises erhebt härtesten Protest gegen das Verbot des sozialdemokratischen Regierungspolitikers Grüner, wonach den linksgerichteten Organisationen auf drei Monate, vom 23. August 1927 bis 23. November 1927 verboten ist, Kundgebungen und Demonstrationen unter freiem Himmel zu veranstalten. Diese Maßnahmen sind ebenfalls ein Schritt in der Kette der Unterdrückung der kapitalistischen Bürgerlast. Regierung gegen die aktiv werdende Arbeiterschaft, die sich zu wehren versucht, gegen immer weitere wirtschaftliche und kulturelle Verkünderung.

Die kommunistische Kreisratssitzung des Saalkreises fordert im Namen aller Werktätigen die sofortige Aufhebung des Grüner'schen Verbotes. Das Schulverfassungsgesetz darf nicht durchkommen! Die kommunistische Kreisratssitzung des Saalkreises protestiert weiter gegen den Reichsausschubgesetz vom 22. Juli 1927. Durch diesen Entwurf wird die Arbeiterschaft mit der Verfassung in nicht leistungsfähige Zwangsschulen bedroht. Die nach dem Entwurf gültige Norm gilt als Mindesthöhe der Schulorganisation, was am 1. Januar 1927 rechtlich zulässig war. Der Deutsche Sozialist hat in seinem Rundschreiben vom 22. Juli 1927 festgestellt, daß am 1. Januar 1927 in den preussischen Gemeinden ebenso wie in Sachsen, Bayern und die einstufige ungeteilte Volksschule „rechtlich“ zulässig ist. Diese Verfassung würde eine ungeheure finanzielle Belastung der Gemeinden infolge Mehrbedarf an Lehrkräften, Schulräumen, Lehr- und Vermitteln mit sich bringen, die auf hunderte von Millionen Mark im Reichsausschub zu veranschlagen ist. Diese Belastung dient nicht der Bildung der Volksschule, sondern der Auslieferung der ungeborenen Mehrzahl aller Schulen unter die Kontrolle und Aufsicht der Kirche. Dieses Gesetz zeigt auf Schritt und Tritt den Einfluß der Schulbestimmungen des bürgerlichen Konvents, das das bürgerliche Schulwesen völlig der Kirche ausgeliefert hat.

Die Unmöglichkeit auf dem Boden des Artikels 146, 2 und 149 der Reichsverfassung, die Einheit und Freiheit der Volksschule zu wahren, stellt sich nunmehr deutlich heraus. Deshalb fordert die kommunistische Kreisratssitzung des Saalkreises, daß

- a) von der Reichsregierung durch die jeweilige Landesregierung die Aufhebung dieses für die Gemeinden untragbaren Gesetzes verlangt wird,
- b) daß von Reichsregierung das bürgerliche Konvent annulliert wird, weil es die Reichsausschubgesetzgebung in unerträglicher Weise bindet und

Zu diesem Vorwurf, der den Sozialdemokraten Grüner traf, äußerten sich dessen politische Parteigänger allerdings in keiner Weise, dafür aber beteuerten sie, daß ihre „politische Verantwortung“ sie zwingt, trotz ihrer prinzipiellen Bedenken gegen jede Verabschiedung, dem Antrag auf Verabschiedung zuzustimmen. Die Bourgeoisie preist heute auf die politische Verantwortung der sozialdemokratischen Schlepptreter im kapitalistischen Staat. Diese Verantwortlichen sollten lieber für die arbeitende Klasse Verantwortung haben — aber das zu fordern, hieße das Pferd beim Schwanz aufhängen. (Neben dem weiteren Verlauf der Tagung werden wir in unserer morgigen Nummer berichten.)

Bitterfeld-Wittenberg

Eine Bitterfelder Liga zur Bekämpfung des Volksweltismus

Trotz gegen Sowjet-Rußland von „Freie Presse“

Wenn es gilt, gegen die Kommunisten zu Felde zu ziehen, dann finden sich die sozialdemokratischen Provinzialparlamentarier immer zum gemeinsamen Zorn mit den bürgerlichen Zeitungen zusammen. So ist es auch in Bitterfeld. Wenn sich auch die „Freie Presse“ manchmal mit dem Bitterfelder Tageblatt in der Sprache nicht einig ist, aber gegen die Kommunisten geht, dann sind die Schimpf- und Schandreden dieser beiden Sozialdemokraten ein Herz und eine Seele. Kürzlich las man im Bitterfelder Tageblatt in großer Aufmachung darüber:

„was mit Krankeitsengelern geschieht.“

In diesem Artikel regte sich das Bitterfelder Tageblatt darüber auf, daß erhaltungsbedürftige Mitglieder deutscher Krankenkassen nach Kurorten in Sowjet-Rußland fahren. Die „Freie Presse“ mußte in das gleiche Horn und kann sich nicht abhaken, weshalb dort auch gleich in der Ueberschrift von „kommunistischer Schwamm-schläger“ gesprochen wird. Es ist bezeichnend, daß die Rede in der „Freie Presse“ noch weiter geführt wird, als im Bitterfelder Tageblatt, das es in der Regel mit den Kommunisten auch nicht genau nimmt.

Die „Freie Presse“ will den Eindruck erwecken, als seien es vorwiegend kommunistische Angestellte, die die Krankenkassen zu Besichtigungszwecken nach Sowjet-Rußland ausnutzen. Zunächst wird in der „Freie Presse“ die Gegenwart berührt, daß der vierwöchige Kururlaub in einem Sanatorium in der Krime oder im Kaukasus 250 Mk. kostet. Abgesehen davon, daß man in Deutschland ein Sanatorium findet, wo ein Arbeiter für viele Geld eine vierwöchige Kur durchmachen kann, kostet die Kur in der Sowjetunion nicht 250 Mk., sondern nur 170 Mark. Für dieses Geld kann sich in Bitterfeld-Deutschland nun einmal kein Arbeiter leisten. In der deutschen Republik sind die

Erhaltungskosten ein Korrektiv der Bescheidenheit.

Was noch hinzu kommt, ist die Tatsache, daß die Erholung in der Krime, wie auch im Kaukasus, natürlich weit besser möglich ist, als in der Dübener Heide. Klare Luft, ein bestimmtes Klima zeichnen die Kurorte in der Krime und im Kaukasus aus. Eine Kur in diesen Gebieten verspricht daher großen Erfolg. Obwohl sich die „Freie Presse“ über den Preis freut, muß sie doch weiter unten angeben, daß die Sommerzeit doch mindestens „Preis- und Kosten“ gegenüber müsste, da doch auch die gleichen Kurorte wie in deutschen Kurorten gelten müßten. Daraus ergibt sich klar und deutlich, daß, wenn dem der Artikelreiber gegen die Sowjetunion erfüllt ist, mit dem gleichen Atemzuge, mit dem hier alle gegen Sowjet-Rußland geht, muß das sozialdemokratische Bitterfeld ungeniert gegen die Kururlauben in Sowjet-Rußland billiger ist, als in Deutschland.

Diese Behauptung freut uns außerordentlich. Wenn man dazu das Argument der Wirkung einer solchen Kur hinzuzählt, so ist das in allem eine Empfehlung für den Kururlauben in Sowjet-Rußland.

Das Bitterfelder Tageblatt“ giebt die Sache mit größerer Vorliebe an. Es bietet sich, keine nationalen Belange eines weileres preisgeben und freier, als die deutschen Arbeiter nicht in deutschen Häusern hätte Stellung finden können.

„Was hätte jeder Kranke der Kräfte gekostet und wie viele andere hätten für das Geld, das jeder einzelne gekostet, in deutsche Kuren geschickt werden können?“

„Ja, das hätten wir auch gern gemußt. Für 170 Mark ist in Deutschland keinem Arbeiter eine vierwöchige Kur möglich. Das weiß das Bitterfelder Tageblatt“ ebenso wie jeder Arbeiter. Aber die nationalen Belange müssen auf jeden Fall geniert werden. Darum erhebt in diesem Beharheit zum Schluss auch noch einmal die ausbreitende Aufforderung, die Gelder der Krankenkassen in Deutschland zu lassen.

Wie molten aber den Beuten des „Bitterfelder Tageblattes“, wie auch der „Freie Presse“, die eigenen Worten den Mund zu verstopfen. Das Bitterfelder Tageblatt“ heißt die deutschen erhaltungsbedürftigen Arbeiter vor ihrem Abtransport in den Kurorten in das kurortologische Institut gedrückt wurden, um dort noch einmal unterführt zu werden. In einer anderen Stelle heißt es: „wo sie von einer ärztlichen Kommission untersucht wurden.“

Das ist eine Befähigung für die außerordentliche Sorgfalt, mit der die Kur der erhaltungsbedürftigen Arbeiter durchgeführt wird, die in Deutschland wohl bis zum letzten ausgemergelt wurden, hier aber keine Gelegenheit zur Erholung unter diesen günstigen Bedingungen haben.

Die Arbeiter werden jedenfalls wissen, wie sie diesen Mühseln und Beuten entgegenzutreten haben. Die Sommerlästigen, die wir hier wieder einmal lägen tragen konnten, sollte aber jeder Arbeiter aus seinem Hause verwiesen.

Vom Gericht in Bitterfeld

Wasser zur Milch — ein gutes Geschäft

In der Sitzung der Bitterfelder Strafkammer vom 6. September hatte sich der Milchhändler Otto K. in Bitterfeld wegen Mischungsverstoß zu verurteilen. Bei der Entnahme von Proben hatte man bei ihm festgestellt, daß der Fettgehalt der Probe aus dem Verkaufsbottich 2,50 Prozent, aus seiner Milchkanne 3,10 Prozent und aus seinem Eimer 4,60 Prozent betrug. Als der Beamte den Eimer betrat, um die Proben abzunehmen, wollte der Angeklagte den Eimer mit dem hohen Fettgehalt schnell in das Verkaufsbottich zurückwerfen. Es wurde darauf geachtet, daß der Milchhändler die Milch vor dem Verkauf entraimete, und mit dem Rahm noch ein besonders gutes Geschäft machte. Die Geschädigten dieser Milchmischer sind natürlich die Arbeiter. Man hat den Milchhändler jedoch noch nicht verurteilt. Es soll vielmehr erst ein Sachverständiger geladen werden. Bis dahin soll die Sache wieder verhandelt werden.

Woran ein Richter nicht denkt

Ein Staatsanwalt kommt nicht in die Verlegenheit, über ein Jahr lang arbeitslos zu sein und täglich Hunger zu leiden. Der Arbeiter August K. in Brehna war aber diesem Vorse ausgehehlt. Um ein paar Mark Geld zu bekommen und seine Familie ernähren zu können, verkaufte er seine Kammer, die im Vorse eines Bauunternehmens. Der Hauswirt merkte schließlich, daß die Sache verdächtig war, worauf dann K. ausgehehlt hat, sie aus Not für einige Mark verkauft zu haben. Der Staatsanwalt, der, wie gesagt, sich in die Lage eines arbeitslosen Arbeiters nicht versetzen kann, bestrafte drei Tage Gefängnis. Das Gericht verurteilte den Angeklagten schließlich zu 9 Mark Geldstrafe.

Dreimal soviel, als ihm der Wert der Kammer einbrachte, muß nun der arbeitslose K. aufbringen. Für jedermann ist es verständlich, daß er nicht dazu verurteilt werden würde, die Kammer fortzunehmen, wenn er ein Einkommen gehabt hätte. Das geht aber in das Hirn eines wohlhabenden Staatsanwaltes, eines Klaffenrichters, nicht hinein.

Wenn die Arbeiter mehr verdienen würden . . .

Wegen Betruges wurde eine Händlerin aus Dessau zu einer Geldstrafe von 15 Mark oder drei Tagen Gefängnis verurteilt. Sie war in Bitterfeld auf den Handel gegangen. Die Bitterfelder Arbeiter haben aber nicht viel Geld, um in den Wochenenden größere Mengen Waare kaufen zu können. Die höchsten Lohnverhältnisse in Bitterfeld, der Chemiefabrik, die auch in den nächsten Bezirken sind ja genügend bekannt. So erklärt es sich, daß das Geschäft der Händlerin nicht in Aufkommen wollte. Bis zum letzten

Abend hatte sie noch nicht einmal das Geld, um wieder nach Hause fahren zu können. Unter diesen Verhältnissen hat sie sich kaum verhalten lassen, einem Arbeiter zu erzählen, seine Frau habe eine Stellung aufgegeben, für die sie eine Anzahlung haben wollte. Sie ließ einen Bestellungen unterzeichnen und nahm 6,80 Mark als Anzahlung entgegen. Als der Mann nun seiner Frau dies mitteilte, kam die Wahrheit an den Tag.

Kritisch sprechen auch in diesem Falle die sozialen Verhältnisse mit.

Drei andere Sachen.

die noch zur Verhandlung standen, sind nicht von großer Bedeutung. Es handelt sich um unbedeutendes Betragen eines Knechtes, um einen Fahrtrabdiebstahl und um eine Zehnpfennig.

Ein flüchtiger Bauer

Schöffengericht Wittenberg

Man wird sich den spröden Landwirt Heinrich aus Glogitz vorstellen können, der selbst dann die Anwaltschaft eines Arbeiters bei Verhandlungen vorzuziehen, als der Angeklagte eine Weile im Gefängnis sitzen mußte. In der Gerichtsverhandlung wollte sich H. damit entschuldigen, daß ihm der Arbeitnehmer noch mehr als 20 Mark für Krankeitskosten und Anwaltsgebühren schuldete. Er mußte sich jedoch von seiner flüchtigen Handlungsweise überführen lassen und wurde zu einem Tag Haft verurteilt.

Wittenberg. Die Anfuhr des gesamten Heimatzwecks für das Reich und die Soldaten soll hergestellt werden. Offiziere, die den Preis für Anfuhr von Bräutern, Kuriositäten sowie Kots nach Jönner, frei Sof., enthalten müssen, sind bis zum 17. September der Material-Verwaltung, Rindstraße 2, einzureichen.

Waffen. Die Pulsabwe durchschneiden hat sich am Montagmorgen ein junger Mann in der Wöbner Straße. Die Wunden wurden in kurzer Zeit vernäht, worauf er dann nach Halle überführt wurde.

Gräfenhainchen. Mit 20 Jahren spinale Kinderlähmung. Unter dem Verdacht dieser heimtückischen Krankheit wurde ein junger Mann von 20 Jahren in eine heilische Klinik gebracht, wo er verstarb.

Scheffendorf. Ein Druckerfaktör zur besseren Wajerforderung wird jetzt am Eingang des Dorfes eingebaut. Die Arbeiter werden es sich der Fall, daß am frühen Morgen die Wajerleitung leer war und an heißen Tagen überhitzt sein Wajer zu haben war. Hoffentlich wird sich durch die Erneuerung dieses lästige Übel nunmehr beseitigen.

Neues aus aller Welt

Proflucht — Reformhügerei

Die Imperialisten legen Menschenleben aus Spiel — Ein neues Das am 6. September gestartete Flugzeug „Ed Gorn“ hat auf dem Ocean niedergehen müssen und ist zertrümmert. Der Pilot, ein „Ed Gorn“ wurde heute morgen von Liverpool aufgeflogen, als „Ed Gorn“ 200 Meilen von der Neuseelandküste entfernt war. Es wird angenommen, daß das Flugzeug in eine Sturmszone gelangte und dadurch zum Niedergehen gezwungen wurde.

Zoch allem ein neuer Oceanflug

Gestern 1.30 Uhr englischer Zeit startete das Flugzeug „Sir John Carling“ mit Kapitän Tully und Leutnant Weichsel von Harbour Grace (Neuseeland) für den Flug nach London.

Europa-Rundflug eines russischen Fliegers

Ganz unerwartet traf heute morgen ein Flugzeug der Derau-Luft aus Moskau kommend auf dem Flughafen in Königsberg ein. Der Führer des Flugzeuges, Wladimir Schabanoff, der früher schon einen Rundflug unternommen hatte, um einen neuen Rundflug über Königsberg — Wien — Prag — Paris — Berlin — Kopenhagen — Stockholm — Kewal — Leningrad — Moskau in vier bis fünf Tagen unternehmen. Die Flieger beschäftigt nun ganz kurze Zeit hier zu bleiben.

In die Erde gestampft

Flugzeugabsturz in Wien

Gestern Abend ist auf dem Flughafen Wien der Leiter der polnischen Flugschiffahrt mit einem französischen Zweimotorigen abgestürzt. Dicht über der Flugbahn wurde verlegt der Motor. Um keinen Mißbrauch anzurufen, wollte der Polizeisprecher mit einer scharfen Wendung auf den Flughafen zurückkehren. Der Apparat rutschte aber über dem linken Flügel ab und prallte sich förmlich in den Boden ein und er wurde zertrümmert.

Spezialgeheimheit im Flugzeuge

Die Luftfahrt ist mit der Wirtsoffizier in Verhandlungen eingetreten, um die Besetzung der Besatzungen im Flugzeug durchzuführen. In den Großflugzeugen sind Automaten vorgesehen, die Lebensmittel und Getränke auswerfen. Es sollen elektrische Anlagen angebracht werden, mittels derer schnell Speisen und Getränke bereit gestellt werden können, und die kleineren Maschinen, in denen eine derartige Einrichtung nicht möglich ist, sollen Getränke für die Luftreisenden mitführen. Nun haben es die Bourgeois geschafft, Wochenendflieger im Flugzeug inklusive Freigelege, das ist der neue Fortschritt.

Der neue Reform: Reformhügerei

Der französische Flieger Caillo, der den 13ten Reform gefloht hatte, indem er nur 4000 Meter, anstatt 35000, wurde auf

Arbeiter-Sport

Städtepiel Burg — Halle auf dem Stadion in Halle

Stadionspiel auf dem Stadion in Halle

Am kommenden Sonntag findet das letzte Städtepiel in unserer Serie statt, gleich zeitig spielt eine zweite Mannschaft in Wittenberg. Unter Vorsitz von Herrn K. in diesem Jahre gespielt, was eine Organisation auf höhere Bezeichnungen mit dem Spiel jedoch gefloht hat, mit sehr betrieblager über die Spielweise, Kraft das nach dem Spiel eine Entscheidung nach Hause gegangen sein. Dieses Mannschaf hat nicht so leicht, wie das Letztmal belegt. Man soll ein gutes Spiel des vertretungsgewandten Betrunken wieder zurückgeben. Wer sich

Sportplatz Stadion in Halle

Sonntag, den 11. September, 1/2 Uhr:

Städtepiel Burg — Halle

1/2 Uhr die Jugendmannschaften beider Städte.

Um die Bezirksmeisterschaft

1/3 Uhr: Gedwiltz L. — Börgig L. [823]

Gieger? Halle stellt eine ganz neue Mannschaft ins Feld, es bleibt abzuwarten, wer die beste Mannschaft sein wird. Unter anderem besteht sie aus jungen Spielern, die in Halle spielen und die besten Spieler sind. Die Ergebnisse der Spiele auf dem Wege der Jugend legen wir das größte Vertrauen voraus, unter Stadt nicht zu verlieren.

Am einen neuen Spielort aus dem Wege zu gehen, steht der Bestand des Gruppenmeisterschaftsentscheidungsplatzes zwischen Gedwiltz und Börgig an. Er besteht aus Gedwiltz, der sehr schön, jedoch keine über nach am Gedwiltz liegt. Es treten also zwei sehr interessante Mannschaften gegen ein. Der Sieger spielt dann nach gegen den Meister der 3. Gruppe, Börgig, mit, das die Spiele sehr ausgeglichen werden und der Spieler aus Gieger steht.

Freie Zeiträger Halle-Bereitschaft, Westf. Jeth. Sonntag, den 11. September, findet in Wittenberg, Generalkonferenz, die halbe Bezirksmeisterschaft statt. Die Halle-Bereitschaft besteht aus 8 Mannschaften, die in Halle spielen. Die Halle-Bereitschaft besteht aus 8 Mannschaften, die in Halle spielen. Die Halle-Bereitschaft besteht aus 8 Mannschaften, die in Halle spielen.

Beirneimittellungen

Städtische Halle (Gedwiltz). 1. Sonntag trifft die Sonntagvormittag 1/2 Uhr Gedwiltz, 2. Jugend 12 Uhr Gedwiltz. Halle nicht vergangen.

Städtische Halle (Kinderreisefuß). Sonntag früh 8 Uhr Sportplatz Gigung. Halle Spieler haben zu entscheiden.

Neues aus aller Welt

Neubeseitigung von dem französischen Verloft bisqualifiziert. Alle von ihm aufgelassenen Reforme wurden für unglücklich erklärt. Der Reformbimmel hat ihn zum Ganner und Betrieger gemacht.

Opfer eines Flugmanövers. Die Havas aus Hinesse meldet, sind zwei Militärflugzeuge zusammengefahren und abgestürzt. Ein Unteroffizier wurde getötet, ein anderer schwer verletzt.

Der Flug um die Welt. Das Flugzeug „Stolz von Detroit“ traf heute in Kiangoon ein.

Zerstückelte Leichen in Säden verkauft

Auf der Spur eines Mordmörders

Gestern nachmittag fanden Bewohner in Essen in einem Keller in einem mit einem eisernen Deckel verschlossenen Sackchen einen Sack, in dem sich Teile einer weiblichen Leiche befanden. Es ist anzunehmen, daß der Mörder die fehlenden Teile in dem in einem Keller verbleibenden Sackchen verbrannt und auch die Leiche zerstört hat, die noch vorgefundenen Reststücke sind und nach zu verbrennen. Die polizeilichen Ermittlungen lieferten als wahrheitsgemäße Mörder einen Arbeiter Franz Bagolot aus Essen ist, in dessen Wohnung man einen über und über mit Blut bedeckten, polsterten und mehrere Koffer mit Wäsche, Schuhen, Hüten und Manteln vorfand. Nach den in der Wohnung des B. vorgefundenen Papieren handelt es sich bei der Ermordeten um eine 24 Jahre alte Hausgehilfin aus Essen. Der Täter ist flüchtig.

Menterei in einem Erziehungsheim

Landjäger und Feuerwehrläufer einbringen

Am Sonntag begann im Erziehungsheim Berlin bei einem Theateraufführung eine ausgedehnte Schlägerei unter den Zöglingen. Der Diakon, der den Streit zu schlichten versuchte, wurde mit Eisenketten angegriffen und schwer verletzt. In der Nacht flohen darauf fünfzig Zöglinge mit Wägen der Aufsichtsbekannt. Als am Montagmorgen die Anstaltsleitung den Rückblick über die Arbeit unterlag, verweigerten alle Zöglinge die Arbeiten und begannen ein wildes Festmahl. Sie brangen in die Geschäftszimmer ein, zerstörten das Eßgeschirr, vernichteten Wirtschaftsvorräte, schlugen sämtliche Fensterhebel ein und zerstörten die Wände. Die herbeigeeilte Polizei wurde mit Knütteln und Stangen von den Mentieren empfangen, so daß von Gewalt Landjäger herbeigeeilten werden mußten. Es erschienen sieben Landjäger, drei Polizisten, ferner die Feuerwehr aus Berlin mit Schlankeleitung, die sie sofort auf die meuternden Zöglinge richteten. Zwölf wurden darauf in das Amtsgericht Berlin überführt.

Erdbeben in Japan

Ein hartes Erdbeben, das mehrere Minuten dauerte, wurde heute in einem großen Teile Zentraljapans wahrgenommen. Bisher wurden mehr Tote noch Verletzte, doch Sachschäden gemeldet.

Mord — Mord

Ein Mordgeheim

„Aus noch nicht geklärt Ursache . . .“

erfolgte in einem Balken-Steinbruch in der Nähe von Kassel eine vorzeitige Explosion eines 40 Zentner schweren Sprengladung, wodurch wie gestern an dieser Stelle berichtet haben. Durch umherfliegende Steinblöcke und durch herabgefallene Gesteinsmassen wurden zwölf Arbeiter, meist Familienmänner, getötet und mehrere andere Steinbrucher ernstlich verkränkt. — Unter Bild zeigt die herabgefallene Steinwand, unter der noch heute mehrere Leichen begraben liegen.



Ein hartes Erdbeben, das mehrere Minuten dauerte, wurde heute in einem großen Teile Zentraljapans wahrgenommen. Bisher wurden mehr Tote noch Verletzte, doch Sachschäden gemeldet.

„Aus noch nicht geklärt Ursache . . .“

erfolgte in einem Balken-Steinbruch in der Nähe von Kassel eine vorzeitige Explosion eines 40 Zentner schweren Sprengladung, wodurch wie gestern an dieser Stelle berichtet haben. Durch umherfliegende Steinblöcke und durch herabgefallene Gesteinsmassen wurden zwölf Arbeiter, meist Familienmänner, getötet und mehrere andere Steinbrucher ernstlich verkränkt. — Unter Bild zeigt die herabgefallene Steinwand, unter der noch heute mehrere Leichen begraben liegen.

Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern“

Der „Klassenkampf“ erscheint jeden Mittwoch nachmittags außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2,30 Mark; durch die Post bezogen 2,00 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Bezugs- und Druck-Verantwortlicher: Hermann G. Schmidt, Halle, Postfach 14.

Verlagspreis: 12 Pfennig für den Empfänger. Halle und Co. Verlag für Reforme im Textile Industrie zu richten nach Halle, Postfach 14. Tel. 21045, 21047, 22251. Telegr.-Adr.: Klassenkampf Halle. Postkonto: Commerz- und Privat-Bank Halle. Postkassen: Leipzig 1068 45 bis 47, Korb. Halle.

Einzelpreis 10 Pf.

Halle, Donnerstag, 8. September 1927

7. Jahrgang * Nr. 211

Deutschland in der Genfer Kriegsfront Der Sinn der Friedenssphaeren: Völkerverbundstrieg auf einfachen Mehrheitsbeschluss

(Eig. Drahtm.) Genf, 8. September.

Mit der gestern erfolgten Ueberreichung des polnischen Patrovertrages an Stresemann und der darauf folgenden Verhandlungen Stresemanns mit dem polnischen Delegierten Solal und Briand sind die konkretsten Beratungen über die gemeinsame Verklärung der Kriegsvorbereitungen aller kapitalistischen Staaten gegen die Sowjetunion in Fluss gekommen. Da Chamberlain den polnisch-französischen Plänen eines Ost-Lozano in der ursprünglich beabsichtigten Form Widerstand leistete, weil die Verwirklichung dieses Paktes im gegenwärtigen Augenblick den englischen Einfluss zurückdrängt, die französische Führung im Konjunktur der kapitalistischen Mächte dagegen zu klar betont wurde, hat der polnische Vorschlag eine allgemeinere Fassung erhalten. Er enthält, in die üblichen Friedenssphaeren gefüllt, die Bestimmungen, den Artikel 15 des Völkervertrages, der für den Völkerverbundstrieg gegen die Sowjetunion vorseht, in der Weise abzuändern, daß hinsichtlich einer solchen Völkerverbundstrategie nicht nur auf einstimmigen Beschluss, sondern auch auf die Mehrheit der Völkerverbundstrategie vorgenommen wird. Es verläutet, daß die Differenzen zwischen der deutschen, französischen und englischen Auffassung über den Patrovertrag beigelegt sind, nachdem ihnen die Spitze gegen Deutschland genommen wurde. Die deutsche Delegation beschloß in ihrer gestrigen Ueberprüfung, dem Patrovertrag zuzustimmen!

Reformistische Begleitmusik zum Genfer Konzert

(Eig. Drahtm.) London, 8. September.

Im Mittelpunkt der Debatte des englischen Gewerkschaftskongresses stand gestern die Frage der Beziehungen des Generalrats zu den sowjetrussischen Gewerkschaften. Nach Verlesung des an den Kongress gerichteten Schreibens des Zentralrates der russischen Gewerkschaften setzte seitens der Führer des Generalrates eine heftige Debatte gegen die Sowjetunion ein. Abschließend nahm ein Vertreter der Widerbewegung das Wort, um für die Sowjetgewerkschaften einzutreten, setzte heftigste Äußerung ein, so daß die Oppositionsredner nur mit Mühe sich durchsetzen konnten.

Dem Kongress lag eine Resolution vor, in der es heißt, daß die Fortsetzung der Verhandlungen mit dem Zentralrat der russischen Gewerkschaften seinem nützlichsten Zwecke mehr diene, solange dieser seine jegliche Haltung aufrechterhalte.

Nach stürmischen Debatten wurde ein Antrag der Widerbewegung, die Resolution von der Tagesordnung abzulehnen, mit 3746 000 Stimmen gegen 148 000 abgelehnt. Des weiteren billigte der Gewerkschaftskongress mit demselben Stimmenverhältnis die vom Generalrat getroffene Verfügung, wonach alle Gewerkschaften sich von der Widerbewegung loszusagen haben.

Von den Werten, die in der gestrigen Sitzung das Wort nahmen, sprachen sich der Vertreter der reformistischen Gewerkschaften und der Vertreter der indischen Gewerkschaften. Die indische Seite ist für die Aufrechterhaltung des anglo-russischen Komitees und eine Einheitsinternationalen aus, während der deutsche Vertreter Seitenabwärts eine müde Hege gegen die russischen Gewerkschaften einsetzte.

Aus dem verworrenen Intrigenpiel in Genf, an dem sich als aktive Teilnehmer England, Frankreich und Polen beteiligten, konnte man in den ersten Tagen noch nicht entnehmen, wer das Spiel gewinnen wird. Auch heute ist das Spiel noch nicht entschieden. Aber die allgemeine Meinung läßt sich schon klar erkennen.

Außerlich steht augenblicklich der holländische Vorschlag im Vordergrund. Dieser Vorschlag auf die Wiederbelebung des Genfer Protokolls von 1924 ist nur ein Stück des diplomatischen Intrigenpiels. In Genf wurde 1924 ein Protokoll unterzeichnet, das in ebenso allgemeinen und nichtsagenen Worten die Möglichkeit von gegenseitigen Verträgen zur Sicherung des Friedens fordert. Die Spitze des holländischen Vorschlages richtete sich gegen den Ost-Lozano-Vorschlag Solens. Daneben soll augenblicklich der holländische Vorschlag den Unwillen der kleinen Staaten über die Diffamierung der Großmächte zum Ausdruck bringen. Ziel wasserfester ist, daß die holländische Aktion ein Schachzug der englischen Diplomatie war, der sich gegen das französisch-polnische Bündnis eines Ost-Lozano-Paktes richtete.

Der Kampf zwischen Frankreich und England um die Führung des Antisowjet-Paktes wird jetzt entschieden mit einem Kompromiß enden. Der Sinn dieses Kompromisses ist aber, daß der gemeinsame Kampf gegen die Sowjetunion nur um so schärfer geführt

wird. Während bisher die einstimmige Zustimmung der Völkerverbundsmächte zu einem Völkerverbundstrieg gegen die zum Angreifer getempelte Sowjetmacht nötig war, soll jetzt ein Mehrheitsbeschluss genügen. Das bedeutet dem Wesen nach, daß ein Krieg gegen die Sowjetunion vom Völkerverbund beschlossen werden kann, auch wenn Deutschland diesem Beschluss formell nicht zustimmt und daß Deutschland trotzdem in diesen Feldzug gegen die Arbeiterrepublik hineingezogen wird. Bisher haben die deutschen Regierungskreise immer betont, daß die Völkerverbundsmächte und der Lozano-Pakt schon aus dem Grunde eine vollkommene Garantie für Deutschlands Neutralität bieten, weil nur der einstimmige Beschluss der Völkerverbundsmächte Sanktionen gegen eine Angreifermacht einleiten kann.

Die deutschnationalen und die deutschsozialistische Presse wenden sich gegen den französisch-polnischen Versuch, Deutschland in einen Ost-Lozano-Pakt hineinzumandrieren. Sie wollen den Versuch Deutschlands auf die Werdung der Stützungen nicht mitmachen. Die Bürgerblockparteien sind bereit, sich in die Kriegsfront gegen die Sowjetunion einzureihen, verlangen aber dafür entsprechende Zugeständnisse. Sie verhehlen dabei gar nicht, daß der Sinn des Ost-Lozano-Paktes die Gewinnung Deutschlands für die Kriegsfront gegen die Sowjetunion ist.

Die deutsche Presse bleibt es noch ungewiss, in Genf im Namen Frankreichs. In Deutschland ist die deutsche Presse unter dem gewöhnlichen Aus-

brücken, schon für den Ost-Lozano-Pakt Stellung. Die ganze sozialdemokratische Presse hat kein Wort über die sowjetfeindliche Tendenz der Genfer Pläne veröffentlicht.

Und die „linke“ sozialdemokratische Presse? Anlässlich der Ueberfälle auf die Londoner Sowjetbüros haben einige „linke“ sozialdemokratische Zeitungen, wenn auch in Verbindung mit der üblichen Kommunistenhebe, angegeben, daß Englands Kriegspläne gegen die Sowjetunion die höchste Gefährdung des Weltfriedens bedeuten. Jetzt aber herrscht das peinlichste Schweigen. Die „linke“ SPD-Führer stehen in den Fragen des Völkerverbundes auf dem Boden der Politik der deutschen Regierung. Ihre Presse glaubt, mit der Vogeltraupenpolitik die Arbeiterklasse täuschen zu können.

Die sozialdemokratischen Arbeiter können jetzt viel deutlicher sehen, wohin die Reise geht. Im Auftrag ihres Vorstandes list Breitfeld in der Delegation der Bürgerblockregierung in Genf. In Genf wird die Kriegsfront gegen Sowjet-Rußland organisiert, weil der eskalierende europäische Kapitalismus das revolutionäre Sowjet-Rußland nicht dulden kann. Aber kann sich darüber täuschen, daß der Bürgerblock in dieser Frage den Interessen seiner Klasse treu bleiben und nach ausgiebigem Handel in der Kriegsfront gegen Sowjet-Rußland sich einfinden wird? Die Entschädigung der sozialdemokratischen Arbeiter muß sein!

Gegen die sozialimperialistischen Verräter!

Für den geschlossenen Kampf der proletarischen Einheitsfront, um den Sturz des Bürgerblocks und um die Verteidigung Sowjet-Rußlands!

Horde des Militarismus

haufte — Frauen, Greise, Säuglinge standrechtlich ermordet

aus Brüssel: Der selbe verödeten Artikel zur

ern, die bis zu den haupten, daß es in regeln der deutschen in Hand von zahl- menten nach, wie lise „Mantel“ von und Bluttaten be-

id in Dinant, einem ren Zivilisten, die am Wrautgedreß belgig, hat neben dem onklischen und die ert sozialdemokratischen

„Am in Arm mit der „Frankfurter Zeitung“ bemerzte dazu der „Vorwärts“ in seiner Nr. 886 vom 23. August: „Der Vorschlag des belgischen Außenministers Vandervelde, die deutsch-belgische Konvention (Auseinandersetzung) über den Frankfurter Krieg zum Gegenstand einer unparteiischen Enquete (Rundfrage) zu machen, hat die französischen Nationalisten in die hellste Wut verriet. . . Der wahre Grund für den Wutausbruch . . . ist aber zweifellos in der Zukunft zu erkliden, daß die Unterzeichnung durch eine neutrale Kommission der Kriegsgeschehnisse ein Ende machen wird.“

„Wie 674 Zivilpersonen in Dinant hingschlachtet wurden“

nimmt der „Peuple“ seine Ausführungen eine „Antwort an die Frankfurter Zeitung“ vom 1. September. Folgerichtig wendet sich also diese Antwort auch an den „Vorwärts“.

„Besonders dem „Vorwärts“ dürfte dieses Material sehr unangenehm kommen, denn es handelt sich bei den Ausführungen des „Peuple“ um einen Auszug aus einem amtlich zusammengestellten Bericht seines belgischen Parteifreundes, des sozialdemokratischen Außenministers Vandervelde!

Greie und Säuglinge

Siernach fielen bei den Kämpfen zwischen den belgischen Truppen am die Zeit des 23. August 1914 insgesamt 674 Opfer aus der Zivilbevölkerung. Darunter befanden sich 44 Greise im Alter von 65 bis 88 Jahren, 69 Frauen im

Alter von 16 bis 88 Jahren und 50 Kinder im Säuglingsalter von drei Wochen bis zu 15 Lebensjahren!

Bei diesen Opfern handelt es sich also um die Gesamtzahl derjenigen Zivilisten, die bei den Kampfhandlungen der belgischen Truppen zugrunde gingen. Mitenthalten in dieser Ziffer ist jedoch fast die ganze Anzahl von 90 Geiseln, die — ganz unabhängig von dem Stand des Gefechts der belgischen Truppen — auf Befehl der englischen Offiziere in Dinant II festgenommen wurden. Von diesen 90 Geiseln wurden 77 als „Vergeltung“ für angebliche Frankfurter Missetaten standrechtlich ermordet. Was es mit dieser „Vergeltungsmaßnahme“ auf sich hatte und

wenn man alles für fähig hielt, Frankfurterinnen ausführen zu können, sagt Vandervelde, indem er wörtlich erklärt:

„Es es eine gerechte Auffassung der Pflichterfüllung, daß man beim Vandalentum bei Dinant als Geiseln — nicht etwa zum Schutz gegen Frankfurter, sondern gegen Franzosen, welche dem Gebirg in regulären Kämpfen gegenüberstanden — 90 Zivilisten festnehmen ließ, von denen 77 erschossen wurden! Darunter befanden sich 38 Personen weiblichen Geschlechts und hierunter eine Frau von 88 Jahren, ferner 7 Greise von mehr als 70 Jahren und 15 Kinder unter 14 Jahren, wovon 7 zwei Jahre und weniger zählten.“

An dem Auszug des „Peuple“ werden auch Namen, Berufs, Alter und Wohnort der ermordeten Geiseln angeführt.

Namen
Unter den Frauen befinden sich zum Beispiel Beune Binmalle, 88 Jahre; E. Burton, 76 Jahre; J. Beome, 78 Jahre; E. Bourguignon, 68 Jahre; H. Wifol, 67 Jahre und eine ganze Anzahl von anderen Namen erschossener Greisinnen und junger Frauen. Unter den Greisen findet man folgende Angaben: H. Gwinne, 84 Jahre; A. Gollard, 77 Jahre; E. Gollard, 76 Jahre; E. Houbion, 76 Jahre; Kaufmann J. Bourdon, 76 Jahre; Schmitz Morelle, 69 Jahre; Fabrikarbeiter Lagueau, 67 Jahre. Und nun die Namen der Säuglinge und Kinder, die als „Geiseln“ niedergemetzelt wurden: ein Knabe von drei Monaten, Mariette Rivet, 1 Jahr; Nella Vanlet, 16 Monate; Felix Valtiez und Gilda Genon, je 19 Monate alt, denn weiter die Namen auch, sechs, acht, und mehrjähriger Kinder. Ganze Familien wurden ausgerottet: Familie Morelle (6 Personen), Familie Dupont (4 Personen), Familie Rivelle (5 Personen) usw.

Ketzerfraten für die Wiener Juli-Kämpfer

(Eig. Drahtm.) Wien, 8. September.
Der Schäffensrat verurteilte gestern einen Bureauangestellten der Wiener Zeitung zu fünfjährigen Gefängnisstrafe anlässlich der Wiener Juli-Kämpfe zu 2 Monate und einem Wiener Arbeiter wegen Erpressung zu 3 Monate schweren Ketzer.